

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 129.

Donnerstag, den 7. Juni 1900.

7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Die Fortsetzung der Angriffe auf das Reichstagswahlrecht.

Die Stumm'sche „Post“ drückt mit innigem Behagen den von uns in der Pfingstnummer im Auszuge wiedergegebenen Artikel des früheren Leitbattes des Fürsten Bismarck, der „Hamburger Nachrichten“ nach, worin gegen das geheime Wahlrecht unter der übrigens nicht weniger als neuen Begründung scharf gemacht wurde, daß Bismarck stets ein Gegner desselben gewesen sei.

Uebrigens ist der Artikel in jeder Beziehung interessant, vom historischen wie vom politischen Gesichtspunkt aus betrachtet. Er bestätigt, daß Bismarck — außer der übrigens von dieser Seite aus guten Gründen nicht zu gestandenen Absicht, die Arbeiterschaft, an deren halbigen Erwachen zu selbständigem politischen Leben er nicht glaubte, gegen die Bourgeoisie, die „Canaille“ gegen die „Rotüre“, auszuspielen — namentlich im Hinblick auf auswärtige Entwicklungen sich dazu verstand, zu der geheimen Wahl die Zustimmung zu geben, die er als echter Junker auch damals hatte. Mit erquickender Offenheit schreiben die „Hamburger Nachrichten“: „So ist diese Kriegs- und Koalitions- (d. h. zwischen Oesterreich und Frankreich) Besorgnis das Hauptmotiv zu der nachgiebigkeit der preussischen Regierung allen liberalen Forderungen gegenüber gewesen, auch in Bezug auf das Wahlrecht. Man erinnert sich, daß auf die ultimatischen Forderungen Benedettis in den Jahren 1866/67 Graf Bismarck antwortete, daß ein Nationalkrieg zwischen den beiden Nationen leicht in einen Revolutionskrieg „ausarten könne“, und daß den Volksbewegungen gegenüber Napoleon weniger fest stehen werde, als die deutschen Fürsten. (NB. Revolutionäre Mittel hat Bismarck nie verschmäht; vergleiche sein Lieblinge mit dem Staliener-Revolutionär Mazzini, mit den ungarischen Verbannenen u. s. w.) Es war also als ultima ratio (letztes Mittel) auch die nationale Volksbewegung in Aussicht genommen worden und ihre Möglichkeit mußte geschont und gepflegt werden. Nebenbei bemerkt — ein werthvolles Zugeständnis der Scharfmacher. Sie selbst bekennen also, daß das Reichstagswahlrecht überhaupt erst die Möglichkeit einer „nationalen Volksbewegung“ oder, wie es an einer anderen Stelle in dem genannten Artikel heißt, der „vollen Entwicklung der deutschen Nationalkraft“ bietet.

Das waren also die Ermüdigungen, aus denen heraus Bismarck wie zur Einführung des gleichen, allgemeinen und direkten Wahlrechts, so auch zur Annahme des auf Antrag Fries gefassten Beschlusses des norddeutschen Reichstages sich bequemte, durch den die ursprünglich darin fehlende Bestimmung der geheimen Wahl in den Artikel 20 der Verfassung aufgenommen wurde. Bismarck fügte sich in der stillen Hoffnung auf „bessere Zeiten“, die eine Verschlechterung und Verkümmern des Wahlrechts ermöglichen würden. „Es bestand beim Fürsten Bismarck“, schreiben die „Hamburger Nachrichten“ weiter, „die Ueberzeugung, ein Volk, wie das deutsche, wenn es zur Erkenntnis gelange, daß bei der Gründung des Reiches ihm nicht passende Einrichtungen unter dem Drucke der Umstände mit übernommen seien, werde klug und besonnen genug sein, sie nach eigenem Ermessen zu verlassen.“ Bekanntlich ist diese Hoffnung schmählich enttäuscht worden. Das deutsche Volk hat gar keine Neigung gezeigt, das Reichstagswahlrecht im scharfmacherischen Sinne zu verbüßern; im Gegenteil, wenn es nach seinem „Ermessen“ gegangen wäre, hätte längst eine weitere Verschärfung — im Sinne der Scharfmacher nämlich — durch gerechte Wahlkreiseinteilung, besseren Schutz des Wahlgeheimnisses, Diäten usw. stattgefunden.

Weil denn das „Volk“ nicht „klug und besonnen“ genug ist, sollen es nach Aufforderung der „Hamburger Nachrichten“ die Regierungen sein. Sie sollen die durch den Reichstagsbeschluss, betreffend die Anwesenheitsgelder, gebotene Gelegenheit benutzen, um wenigstens den Ver-

such zu machen, die Beseitigung des geheimen Wahlmodus durchzuführen.

Es lebe der Rauhhandel! Diäten für Wahlzettel! — Ganz freilich sind sich die „Hamb. Nachr.“ ihrer Sache nicht sicher — „die Wahrscheinlichkeit des Gelingens ist zwar sehr gering“, schreiben sie in wehmüthigem Tone — aber sie geben sich der Hoffnung hin, daß steter Tropfen den Stein höhlt: „Auf einen Hieb fällt bekanntlich kein Baum, und wenn die Sache immer wieder in Angriff genommen und . . . die Beseitigung der geheimen Abstimmung als Bedingung jeder Gegenleistung auf diesem Gebiete mit Ernst und Nachdruck gefordert wird, so besteht vielleicht Aussicht, daß wir von diesem Uebel befreit werden.“

Soweit die „Hamb. Nachr.“ Aufgabe aller aufrichtigen Freunde des Reichstagswahlrechts wird es sein, dafür zu sorgen, daß die Hoffnungen der Scharfmacherclique zu Wasser werden.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Politik und Gewerkschaften. Recht interessant für die Art, wie die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine ihre gewerkschaftlichen Aufgaben auflassen, wie sehr gerade sie, die angeblich unpolitischen, Politik betreiben, ist die nachstehende Zuschrift, die dem „Vorwärts“ aus Schlesien zugeht: Der Kreis Waldenburg steht jetzt unter dem Zeichen der Wahl. Kürzlich hatten nun die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine in Waldenburg eine Versammlungsversammlung. In derselben jagte der Vorsitzende Rieger nach einem Hoch auf den Kaiser, daß er den Vorwurf, daß die Gewerksvereine die Vorläufer der Sozialdemokratie seien, energisch zurückweise. Er selbst und viele Mitglieder hätten den Fahnen- und geschworen und als gleichzeitige Mitglieder von Kriegervereinen seien sie sich stets ihres Oides bewußt und stehen jeder Zeit fest zu Kaiser und Reich. Ferner vermischt der Redner auf den bekannnten Revers, wonach Mitglieder des Gewerksvereins den Bestrebungen der Sozialdemokratie fernzubleiben haben. Bei der bevorstehenden Reichstagswahl sei nur solchem Manne die Stimme zu geben, der der Sozialdemokratie vollständig fernstehe. — Und in der Versammlung des Gewerksvereins der Bergarbeiter verpflichtete der Vorsitzende die Mitglieder, eingedenk des Statuts der Gewerksvereine, nur solche Männer in den Reichstag zu senden, die mit der Sozialdemokratie absolut nichts zu thun haben.

wp. Der Schwindel geht los! Alle Momente vereinigen sich, um den industriellen Aufschwung immer weiter, immer mehr auf die Spitze zu treiben. Schien es vor kurzer Zeit, daß die Herrlichkeit schließlich zusammenbricht, ohne die letzte Phase der Ueberproduktion, die Schwindelspekulation, auf der ganzen Linie durchgemacht zu haben, was die Krisis gemildert hätte, so ist man jetzt schon darüber hinaus. Das wichtigste Ereignis, worauf die Börse mit der größten Spannung wartete, ist nunmehr eingetreten: Johannesburg mit seinen Goldminen ist erobert. Die Goldproduktion, die acht Monate lang unterbrochen war, wird nun bald begonnen werden, und der „Boom“, der große Schwindel in Minenwerten, kann losgehen. Und es werden bereits alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Schwindel auf ein möglichst großes Gebiet auszudehnen. Dahin zielen die wie auf einen Schlag in den verschiedenen, und zwar in den maßgebendsten deutschen Börsenzeitungen erschienenen Berichte über die bevorstehende Diamantfunde in Deutsch-Südwest-Afrika. Man merke wohl, nicht um wirkliche, sondern erst um vermuthliche Diamantfunde handelt es sich, vorläufig ist nur noch „Blauerde“ gefunden worden! Daraufhin sind bereits Aktiengesellschaften gegründet worden, für die in einer raffinierten Weise Propaganda getrieben wird: Währendem die „Köln. Zig.“ das unternehmende englische Kapital preist, welches in jenen Aktien von problematischem Werth angelegt wird, giebt die „Frankf. Zig.“ zu verstehen, daß das deutsche Kapital sich jene Gelegenheit nicht entgehen zu lassen brauche, und die „Leipz. Neuest. Nachr.“ schwingen scheinbar polemisch gegen die ersteren die nationalistische Keule: alle drei zusammen machen eine wirksame Propaganda für jene Gründungen, deren Aussichten vorläufig vielmehr in dem blauen Dunst der Börse, als in den Diamanten der „Blauerde“

liegen. So macht bereits auch die „Frankf. Zig.“, das zweifellos solideste Handelsblatt Deutschlands, die Schwindelspekulation mit. Und zu gleicher Zeit mit der Entwicklung der politischen Konflikte in Süd-Afrika, wodurch der Boden für die Spekulation frei gemacht wird, verdichten sich die Verwicklungen in China zu ziemlich greifbaren Formen. Wir haben wiederholt darauf verwiesen, daß in China eine neue Aktion der Mächte vorbereitet wird. Jetzt ist das Allen vor die Augen gerückt. Also neue Auftheilung, neue, sicher noch größere Okkupationen, neuer Gründergeschwindel, und zwar, um den alten zu retten, dem bereits ein Zusammenbruch drohte. Ferner mehren sich in der Türkei die Anzeichen einer herausziehenden politischen Krisis; die permanente Flucht der höheren Beamten nach dem Ausland und die wie auf Verabredung unternommenen Forschungsreisen der auswärtigen diplomatischen Agenten im Lande sind ominöse Zeichen. Es will uns scheinen, daß ein gemeinsames Vorgehen von England, Deutschland und Oesterreich geplant wird. Schon lange Zeit hat das Kapital seine Nimitarbeit auf allen Gebieten nicht mit solcher Energie betrieben, als jetzt.

Eine Leichenrede nennt Professor Dr. Reinhard Frank in Halle a. S. einen Artikel „Jur lex Heinze“, den er in der „Deutschen Juristen-Ztg.“ veröffentlicht. Er jagt darin der mobischen Juristerei einige bittere Wahrheiten:

„Das, was uns Kriminalisten zur Protestkernaug veranlaßt, war — wenn auch nicht bei allen, so doch sicherlich bei vielen — außer den Mängeln des bekümpften Entwurfs die ganze Art und Weise, wie man Strafgesetze überhaupt macht. Handelt es sich um ein privatrechtliches Gesetz, so werden Sachverständige aus allen Kreisen zugezogen, und auch die Juristen nicht vergessen. Wie lange aber ist es her, seitdem man gehört hat, daß zur Vorbereitung eines Strafgesetzes ein Sachmann herangezogen worden wäre! Wissen die Straffenate des Reichsgerichts, weiß die Rechtsanwaltschaft etwas davon? Hat man sie jemals zu einem Gutachten aufgefordert? Vom Fels zum Meer fabriziert man jahrein jahraus Strafgesetze; aber gerade die Behörden, die etwas von der Sache verstehen, nämlich die Gerichte und Staatsanwaltschaften, hält man geflissentlich fern. (Das sind auch recht zweifelhafte Berather. Red. d. L. Z.) Und doch thut es die Kenntnis des praktischen Lebens nicht allein, noch weniger die mit Empfindung auftretende sittliche Entrüstung, geschweige denn der moderne Aberglaube, der bei jedem sozialen Uebelbefinden das Strafgesetz als Arznei darbietet. Was noth thut, ist sachmännisches Wissen, das, den Blick auf das Ganze gerichtet, die rechtlichen Beziehungen kennt, in die ein neues Gesetz eintreten wird. Um aber ein paar Proben von dem zu geben, was sich unsere Strafgesetgebung in den letzten Jahren geleistet hat, sei folgendes hervorgehoben. Die erfolglose Auforderung zum Mord ist grundsätzlich straflos. Wehe aber dem, der es „unternimmt“, den Angestellten eines Geschäfts zum Verrath eines Geschäftsgeheimnisses zu bestimmen! Ihm droht das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes in § 10 mit Gefängnisstrafe bis zu neun Monaten. Was das bedeutet, erfährt man bei der Erwägung, daß der Begriff des Unternehmens nach der Rechtsprechung die entferntesten, fast die allerentferntesten Vorbereitungshandlungen umfaßt. Und doch erklären die Motive zum Umsturzgesetz ganz ruhig, das Unternehmen sei gleichbedeutend mit dem Versuch. Das Gesetz gegen den Verrath militärischer Geheimnisse bedroht im § 3 den Spion als solchen mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren. Ist er aber so frech, es bis zum verurtheilten oder vollendeten Verrath zu treiben, so kann er nach § 1 mit Festungshaft von sechs Monaten wegkommen.“

Der Artikel schließt: „So scheinen mir denn vier Hoffnungen nicht ganz unbegründet. Die eine ist die, daß man allmählich neben der Sittlichkeit, den Geschäftsgeheimnissen und der Butterfabrikation auch das Ansehen der Strafrechtspflege als ein des Schutzes würdiges Gut ansehen lerne. Die zweite geht dahin, daß im neuen Sakulum wenigstens ein Jahr ohne ein neues Strafgesetz vergehen möge. Die dritte richtet sich auf eine gründliche Sichtung unserer Strafgesetzgebung, und damit verbindet sich die vierte, daß der große Reichsgesetzgeber den Rath finden möge, seinen kleinen Reichsgesetzgeber in Stadt und Land, die, unbekümmert um ihn, ihr geistiges Kapital in kleinen Strafgesetzen auslegen, einmal gehörig auf die Finger zu klopfen.“

So bescheiden die Wünsche des Herrn Professors sind, so wenig werden sie ihre Erfüllung finden. Die Rathlosigkeit der in ihrem Besitz bedrohten Herrschaftsklassen sieht in dem Strafgesetz ihr letztes Schutzmittel. Daher die öde Gesetzmacherei, die sich um juristische Keiligkeit die geringste Sorge macht! Ist man doch eben wieder an der Arbeit, Strafgesetze gegen den Kontraktbruch zu entwerfen — ein Unternehmen, an dem in höherem Maße als bei der lex Heinze die Kriminalisten ihren Protestkernaug beweisen können.

Zu einer heftigen Szene kam es am Freitag auf der Hauptversammlung der deutschen Kolonialgesellschaft zu Koblenz, als Dr. Passarge die viel-



sach erörterten Landkonzessionen in Afrika zu erörtern begann. In dem Bericht heißt es:

Dr. Passarge wandte sich in schärfster Weise gegen die Art und Weise, wie das Kolonialamt unter Herrn v. Buchta große Gebietsstücke loszusagen verschleudert habe. Man könne wohl sagen, daß Deutsch-Südwestafrika zu zwei Dritteln an die Debeers-Company veräußert sei. Die Aussage, daß man ja politisch Herr über das Land bleibe, daß man das Verkaufsrecht besitze, und daß überhaupt das verschleuderte Land keinen besonderen Werth habe, zeige, wie unsicher man sich im Kolonialamt fühle. Man wisse doch ganz genau, welche großen politischen Pläne Cecil Rhodes mit Südafrika verfolge, und man müsse ihm nach dieser Richtung hin leider einen größeren Patriotismus nachrühmen, als ihn deutsche Großkapitalisten von der Art des Herrn v. Hansemann u. a. an den Tag legten. Eine überaus traurige Rolle spielten bei den Mineralkonzessionen die angeblich deutschen Mitglieder der betreffenden Gesellschaften, die in Wahrheit ganz im Solde Englands ständen. Nebner greift schließlich den als Vertreter der Abtheilung Hamburg im Saale anwesenden Rechtsanwalt Dr. Scharlach-Hamburg, der einer der Direktoren der in London residirenden South-West-African-Company ist, in sehr heftiger Weise an und ruft ihm schließlich zu: Sehen Sie mich mal an, Herr Dr. Scharlach, wenn Sie den Muth haben! Dr. Scharlach (in höchster Erregung): Das werde ich nicht thun: Das ist ja eine Frechheit, eine Unverschämtheit! (Allgemeine Ohnrufe und große Bewegung.) Herzog Johann Albrecht: Ich ersuche dringend, alle Zwischenrufe und beleidigenden Bemerkungen zu unterlassen. Dr. Passarge erklärt er habe nichts mehr hinzuzufügen. Später erhielt Dr. Scharlach das Wort. Er berief sich darauf, daß er bei den Kolonialdirektoren Kapler, v. Richthofen und von Buchta immer als koloniale Autorität gegolten habe, und betonte besonders, daß man die Kolonialpolitik mehr vom geschäftlichen als vom politischen Gesichtspunkte aus behandeln müsse; übrigens lägen im Vorhause der South-West-African-Company sieben Deutsche, darunter Herr v. Nordenflicht, v. Brand, Woermann, Wichmann und er, so daß die Gesellschaft deutschen Besitzungen huldige, wenn auch ihr Kapital englisch sei.

Staatsminister v. Hofmann: Er müsse Namens der ganzen Gesellschaft gegen den Vorwurf protestiren, als ob irgend ein Mitglied weniger Patriotismus und weniger Muth besäße als Dr. Scharlach. (Beifall.) Trotz der langen Rede des Herrn Dr. Scharlach bleibe doch im Allgemeinen die Ansicht bestehen, daß durch die Konzessionen an die South-West-African-Company eine erhebliche Beunruhigung in den interessirten kolonialen Kreisen hervorgerufen sei und trotz der Erklärungen Scharlachs bestehen bleiben werde. (Beifall.) Bei aller Hochachtung vor dem Kolonialamt und seiner Leistungen müsse man doch sagen, daß diese Konzessionen Muster von solchen seien, wie keine Regierung sie je erteilen sollte. (Stürmischer Beifall.) Wenn die South-West-African-Company einen angeblich ganz harmlosen Vertrag mit der Debeers-Company über die Ausbeutung der Mineralien abgeschlossen habe, so soll sie ihn doch einfach veröffentlichten. (Sehr richtig.) Dr. Scharlach-Hamburg: Dem Herr Woermann entgegen, weil er nicht wolle, daß die Gesellschaft in eine Vertheidigungsstellung gerathen solle.

Der Ausschuss hatte folgenden Antrag eingebracht:

Die Hauptversammlung wolle beschließen, den Reichsfiskus zu ersuchen, nur solche Gesellschaften auf Grund von Land- oder sonstigen Konzessionen zur wirtschaftlichen Erschließung anderer Kolonien zuzulassen, in deren Verwaltung der deutsche Einfluß ausüßlaggebend geübt ist und auch dauernd gesichert bleibt. Bei Ertheilung von Konzessionen für die bergbauartige Vertriebe, insbesondere auf Edelmetalle und Edelsteine, sowie solche Konzessionen nach der kaiserlichen Verordnung vom 15. August 1899 überhaupt noch zulässig sind, wolle die Regierung außerdem Vorkehrungen treffen, daß mit dem Bergbaubetriebe hinreichend bestimmter Frist begonnen und die Gewinnung abbaubarer Lagerstätten bei Verlust der Genehmigung mit ausreichendem Kapital nach technisch bewährten Grundsätzen gesichert werde.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Eine neue Internationale ist im Entstehen begriffen. Als 1864 die revolutionären Proletarier die „Internationale Arbeiterassoziation“ gründeten, erschien diese That in den Augen des Bürgertums als schweres Verbrechen. Seit der Zeit ist mancher internationaler Verbindungen entstanden und vielfach scheint sich der Glaube zu verbreiten, daß eine Bewegung erst dann Erfolge erzielen kann, wenn sie international organisiert ist. Auf diesen Einfall ist nun auch eine Anzahl sonderbarer Käuze verfallen, die in Leipzig versammelt waren. Eine von den Mitgliedern des Central-Verbandes deutscher Kaufleute und Gewerbetreibenden (Sitz Leipzig), des Bundes der Handel- und Gewerbetreibenden (Sitz Berlin) des Zentralverbandes der Gewerbetreibenden zu Berlin und des deutschen Bundes für Handel und Gewerbe (Sitz Leipzig) einberufene Versammlung tagte unter Leitung des Herrn Senator Schulze-Githhorn im Leipziger Centralhotel, um über ein gemeinsames Vorgehen in Mittelstandsfragen zu berathen. Nach längerer Debatte einigten sie die Erklärungen dahin, den Zentralverband deutscher Kaufleute und Gewerbetreibenden zu beauftragen, die von den belgischen Mittelstandsführern in die Wege geleiteten Bestrebungen zur Gründung eines internationalen Komitees zur Vertheidigung der Interessen des gewerblichen Mittelstandes zu unterstützen und mit den Führern dieserhalb in Verbindung zu treten. Die in Vorschlag gebrachte Versammlung an zweiter Stelle. Man beschloß noch längerer Diskussion, daß bei allen gesetzgeberischen Anlässen eine Verständigung der Verbände unter einander und ein gemeinsames Vorgehen angebahnt werden soll. Vertreter der Presse ließen diese „Mittelstandsfremde“ bei ihren Verhandlungen nicht zu. — Gewiß sind die Erfolge des Sozialismus dazu angethan, andere Leute zur Nachahmung zu verleiten. Die Nachahmer übersehen aber in der Regel, daß die Sozialisten ihre Organisation zur Durchführung einer großen internationalen Idee schufen. Die Organisation war deren Grundfaser angepaßt. Dem „Mittelstandstretter“ schwebt aber ein „Ideal“ vor Augen, welches nur verwirklicht werden kann, wenn jede Gemeinde ein selbstständiges Wirtschaftsgebiet ist. Dem Mittelstand wurde der Todesstoß gegeben, als Großstaaten und die Verkehrsmittel den Verkehr erleichterten. Nur internationale Organisationen in Kleinstädten sind die richtige

Form für die Ideen der Mittelstandstretter. Internationale Schildbürger und Schöppenstädter sind eine so kuriose Erscheinung, wie sie bis jetzt die besten Kuriositätenkabinette nicht aufzuweisen haben.

Der verschundene Landrath. In dem Verleumdungsprozeß des Regierungspräsidenten in Straßburg gegen den Gutsbesitzer Beder und den Redakteur des „Greifswalder Tagebl.“ haben wir das Urtheil bereits in der Pfingstnummer mitgetheilt. Der Gerichtshof hat gegen Beder auf eine Gefängnißstrafe erkannt, weil es festgestellt sei, daß Beder aus Haß gegen den Regierungspräsidenten Scheller und den Landrath Dierroth in Grimmen gehandelt habe. Der Landrath Dierroth war als Zeuge nicht erschienen. Er befindet sich, wie der Staatsanwalt erklärte, in einer Heilanstalt in der Schweiz und kann vorläufig nicht vernommen werden. Der Angeklagte Beder erklärte vor Gericht: Die unglücklichen Handlungen des Landraths Dierroth, aber auch amtliche Uebergriffe des Landraths, die amtlich feststehen, seien längst im Kreise bekannt gewesen. — Der Regierungspräsident Scheller bekundete als Zeuge: Anfangs Dezember 1899 wurde uns mitgetheilt, daß gegen den Landrath Dierroth Gerüchte im Umlauf seien, dieser begehe Handlungen, die die Sittengesetze verletzen. Ich telegraphirte sofort an den Landrath, sich unverzüglich und zwar am Sonntag, den 10. Dezember, bei mir einzufinden. Landrath Dierroth erschien auch am 10. Dezember, stellte alles in Abrede und bemerkte: es sei ihm nicht bekannt, daß irgend welche Gerüchte gegen ihn im Umlauf seien. Ich bemerkte dem Landrath, daß ich mich damit nicht beruhigen könnte. Er müsse die umlaufenden Gerüchte in entschiedener Weise widerlegen, andernfalls sei ich genöthigt, dem Minister Anzeige zu machen. Landrath Dierroth sei im Sommer 1899 mit dem Pferde gestürzt und habe sich dabei eine Gehirnerschütterung zugezogen. Ich reiste gleich darauf nach Berlin und hielt dem Minister über den Fall Dierroth Vortrag. Der Minister äußerte: es müsse sofort in der Angelegenheit eine genaue Untersuchung vorgenommen werden. Nach meiner Rückkehr aus Berlin forderte ich sogleich den Landrath auf, entweder gegen die umlaufenden Gerüchte selbst vorzugehen oder seine Entlassung zu beantragen. Der Landrath antwortete mir: Er habe sich keiner strafbaren Handlung schuldig gemacht, er müsse aber betonen, daß er in sittlicher Beziehung nicht ganz rein dastehende, er ersuche daher, ihn von seinem Amte zu suspendiren. Ich verfügte sofort die Suspendirung des Landraths von den Amtsgeschäften und beauftragte den Geh. Ober-Regierungs- rath Meier, diese Angelegenheit in die Hand zu nehmen. Gleich darauf wurde mir von Meier berichtet, daß der Landrath einen Selbstmordversuch begangen habe. Der Landrath sei wohl nicht lebensgefährlich, aber immerhin schwer verwundet. Einige Zeit darauf wurde von dem Bürgermeister zu Grimmen mitgetheilt, daß er der Staatsanwaltschaft zu Greifswald wegen einer unsittlichen Handlung des Landraths Anzeige erstattet und daß die Staatsanwaltschaft deshalb den Haftbefehl gegen den Landrath erlassen habe. Diese Mittheilung veranlaßte mich, sofort das Disziplinarverfahren gegen den Landrath Dierroth einzuleiten. Der Haftbefehl konnte jedoch nicht ausgeführt werden, da Dierroth angeblich auf Anrathen seiner Verwandten in ärztliche Behandlung nach Berlin sich begeben hatte und von dort sofort nach der Schweiz abgereist war. — Auf Antrag des Vertheidigers stellte der Gerichtshof fest, daß der Selbstmordversuch am 18. Dezember stattgefunden habe. Der Haftbefehl sei am 1. Januar und die Einleitung des Disziplinarverfahrens, mit dem Antrage auf Entfernung aus dem Amte, am 4. Januar geschehen. — Der Gutsbesitzer Wendorf als Zeuge bekundete, es sei allgemein anfgesessen, daß, obwohl das unglückliche Treiben des Landraths seit langer Zeit bekannt war, nicht früher eingeschritten wurde und ganz besonders, daß Dierroth noch immer Landrath gewesen sei. — Der Erste Staatsanwalt bemerkte: Er habe sich nicht für berechtigt gehalten, den Haftbefehl zu veröffentlichen, zumal es ihm zweifelhaft gewesen sei, ob Dierroth sich im Sinne des § 176 des Strafgesetzbuches strafbar gemacht habe. Aus diesem Grunde und da ihm bekannt sei, daß des angeordneten Vorgehens wegen die Schweiz überhaupt nicht auslieferbar, habe er auch keinen Haftbefehl erlassen. Es sei ihm sogar zweifelhaft, ob, wenn Dierroth hier wäre, er gegen denselben einen Haftbefehl erlassen würde. Das Reichsgericht habe bezüglich des angeordneten Vorgehens, das in mehreren Kulturländern straflos sei, die Grenze zu eng gezogen, daß es ihm (Erster Staatsanwalt) sehr zweifelhaft sei, ob die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Dierroth beschließen, und wenn das der Fall, ob er verurtheilt werden würde. — Der Staatsanwalt erklärte weiter, daß Dierroth, da er nicht vernommen werden kann, noch bis heute Landrath des Kreises Grimmen ist und bis auf Weiteres bleiben muß! Aus der Verhandlung ergab sich auch, daß der Regierungspräsident noch drei Berliner Zeitungen verklagt hat. Da also die Angelegenheit noch weiter die Gerichte beschäftigen wird und auch die in Greifswald Berichteten sich kaum bei dem Urtheil beruhigen dürften, erwähnen wir heute nur noch, daß der Vertheidiger gegenüber der Behauptung des Regierungspräsidenten, es sei nicht üblich, vor der Einleitung eines Disziplinarverfahrens der Öffentlichkeit Kenntniß zu geben, darauf hinwies, daß die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Angeklagten Beder als Gutsbesitzer durch eine offizielle Lokalanotiz sofort bekannt gegeben wurde. Weiter betonte der Vertheidiger auf Grund der Daten für das Einschreiten gegen den Landrath: Keine Leute mußten sich sagen: Uns wäre es im gleichen Falle nicht möglich gewesen, nach der Schweiz zu entkommen.

Die Wahrheit über die Landarbeiterverhältnisse wollen die Agrarier nicht hören, richtig gesagt, die übrige Welt nicht hören lassen, denn sie selbst kennen sie sehr genau und wissen, wie schlimm es damit bestellt ist. Der Herausgeber der Halbmonatsschrift „Das Land“, des Organs des Ausschusses für Wohlfahrtspflege auf dem Lande, Heinrich Schrey hat in seinem Organ die Auslassung eines Landarbeiters über die Leutenoth veröffentlicht. Sie geht dahin, daß die Landwirth heimische Arbeiter finden könnten, so viel sie wollten, wenn sie ihnen nur dasselbe zahlen wollten, was sie den polnischen Arbeitern zahlen müßten. Er erzählt u. A., daß in seiner Gegend (Göttingen) die Landarbeiter in der Wähezeit noch von Früh 3 bis Nachts 11 Uhr gegen einen Tagelohn von 50 Pfg. sich abrackern müßten. Sofort fällt das Berliner Agrarierorgan über den Herausgeber der genannten Zeitschrift her und erklärt, daß durch derartige Veröffentlichungen der Sache der Landwirtschaft, der ja auch der Genannte zu dienen meint, nichts genützt wird. „Wir haben bisher manche Entgleisungen der genannten Zeitschrift unbeschadet gelassen, weil wir von dem guten Willen ihres Herausgebers überzeugt sind, möchten ihm aber doch dringend anheimgeben, sich ernstlich zu prüfen, ob die Veröffentlichung solcher Artikel mit der „Wohlfahrtspflege auf dem Lande“ vereinbar sei.“ Nach dem Agrarierblatt dürfen also die Landarbeiterverhältnisse nur gelobt werden; wer die Wahrheit sagt, der ist ein Verräther.

Keine politische Nachrichten. Für die Reichstags- erzwahl in München ist er als Kandidat des

Milchmaches Kommerzienrath Theodor Schlumberger angestellt worden. — Ueber das Stempelsteuergesetz ist der Bericht der Budgetkommission des Reichstags am Sonnabend Abend zur Bertheilung gelangt. Der Bericht umfaßt 100 Quartseiten. Die in der Kommission zugelegte Abschätzung des Ergebnisses der Erhöhung der Stempelsteuern ist seitens des Reichsschatzamts nicht mitgetheilt worden. In dem Kommissionsbericht wird die finanzielle Wirkung der Erhöhung der Stempelsteuern auf 46 Millionen Mark berechnet, wovon 22 Millionen Mark auf die Vorkostensteuer, 22 Millionen Mark auf die Erhöhung des Lotteriestempels entfallen. Ob die Schiffahrtsabgabe wie nach den Beschlüssen erster Lesung noch 2 Millionen Mark einbringen werde, lasse sich nicht übersehen. Auch sonst wird hervorgehoben, daß die Abschätzungen der Mehrerträge auf sehr unsicheren Grundlagen beruhen. — Der Reichstagsabgeordnete Dr. Lingen (Zentrum) ist von einem Schlaganfall betroffen worden. Lingen ist über 80 Jahre alt und hat wiederholt als Alterspräsident im Reichstage fungirt. Parlamentarisch ist er nur hervorgetreten, wenn es sich um die Förderung der Geistlichen in Armee und Marine, oder um die Förderung des Besuchs der Gottesdienste durch Ausdehnung der Sonntagsruhe handelte. (Nach den neuesten Meldungen hat das Befinden des Herrn Lingen sich bereits etwas gebessert. — Die Einbringung der Kanalvorlage ist nach der allerneuesten offiziellen Mittheilungen für die jetzige Landtagsession völlig ausgeschlossen. Daran haben wir nie gezweifelt. — Ein auf Posten schlafend angetroffener Soldat hat sich in Köln auf Post 14 erschossen. — Der Ausstand der Straßensbahn-Angestellten in Köln ist beendet. Am Sonntag früh konnte der Betrieb wieder aufgenommen werden. — Ein bedeutender Krampfanfall fand Donnerstag Abend in Wittenberg statt. Gegen 9 Uhr sammelten sich große Menschenmassen auf dem Markt und in der Langenstraße an, und bald begann denn auch das so gefürchtete Steindombardement auf die Geschäfte von Einwohnern jüdischer Konfession, die größtentheils schon ihre Läden vorher geschlossen hatten. Bei vielen Juden wurden die Scheiben mit großen Feldsteinen eingeworfen. Die Synagoge soll vollständig demolirt sein. Auf Anordnung des Bürgermeisters mußten bald alle Geschäfte geschlossen werden. Erst gegen 11 Uhr trat wieder Ruhe ein. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen. — Der Polizeimeister Döbrich in Kamerun, der gegenwärtig mit Heimathurlaub in Berlin sich aufhält, ist nach der „Nationalztg.“ dort verhaftet worden. Döbrich war früher Lagerverwalter in Kamerun und wurde dann zum Polizeimeister ernannt. Nach seiner Abreise nach Berlin stellten sich nach der „Nat.-Ztg.“ Unregelmäßigkeiten bei der Lagerverwaltung heraus, die dem Polizeimeister zur Last gelegt werden. Dieser wird beschuldigt, auf Rechnungen eingezogene Beträge unterschlagen und falsche Rechnungen ausgestellt zu haben. Döbrich bestreitet jede Schuld. — In Lahe an der Cadix kam es zwischen Hafenarbeitern aus Gibraltar und Zollbeamten zu einem Zusammenstoß. Die Gensdarmarie mengte sich dazwischen. Angeblich wurden vier Personen verwundet und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. — Der englische Kolonialminister erhielt ein Telegramm, wonach jede Nachricht sowohl aus Kussaßi sowie auch vom Gouverneur der Goldküste, wohin der Transport englischer Verwundeter und Kranker unterwegs ist, fehlt. — Zur Revolution in Kolumbien berichtet nach einem Telegramm aus Kingston der Dampfer „Drinoco“ vom 31. v. Mts.: Die Aufständischen waren sechs Meilen von Panama entfernt. Das amerikanische Kriegsschiff „Machias“ befindet sich in Colon. Dasselbe hatte Befehl, Marineinfanterie zu landen, falls die Stadt bedroht würde. Es verläutet, die Aufständischen hätten das kolumbische Kanonenboot „Cordova“ versenkt.

### Belgien.

Die Senatswahlen sind nunmehr beendet. Die Wahlen der Provinzialräthe zum Senat ergaben keine Aenderung in dem Verhältniß der Parteien. Die Katholiken erhielten in sechs Provinzen von neun die Mehrheit. Gewählt wurden 15 katholische, 11 liberale und sozialdemokratische Senatoren. Der Senat besteht nunmehr aus 58 Katholiken und 44 Liberalen und Sozialdemokraten.

Der Brüsseler „Soir“ kündigt an, daß er in den nächsten Tagen eine Reihe von Artikeln über den Spionagedienst, den Deutschland und Frankreich in Brüssel noch immer unterhalten, veröffentlicht werden. Das Blatt hofft, daß durch diese Veröffentlichungen die belgische Regierung Schritte unternehmen werde, um die beiden Regierungen zu veranlassen, ihre Spionagedienste in Brüssel aufzuheben. — Wenn nur diese Hoffnung nicht zu Schanden wird!

### Frankreich.

Der neue Kriegsminister hat anlässlich seines Amtsantritts einen umfassenden Straferlaß angeordnet und den Offizieren das Tragen von Civilkleidern außer Dienst, das Galisfet verboten hatte, wieder gestattet.

In Chalons-sur-Saone sind Sonnabend Nachmittag und Nacht schwere Ruhestörungen vorgekommen. Die Arbeiter der Galland'schen Werke waren in Streik eingetreten, weil der Besitzer den mißliebigen Werkführer Monnot nicht entlassen wollte. Die Menge warf die Gendarmen mit Steinen, das Gas wurde ausgelöscht, dann fielen Schüsse, man weiß nicht von welcher Seite, wodurch vier Personen verwundet wurden. Einer der Verwundeten, ein sechsundzwanzigjähriger Burche, ist gestorben. Auf die Nachricht, daß Monnot seine Entlassung eingereicht habe und daß diese angenommen sei, beschlossen nach der „Frankf. Ztg.“ die Streikenden, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

### Italien.

Die Wahlen zur Kammer haben Sonntag stattgefunden. Bis Montag waren von 508 Wahlkreisen 475 Resultate bekannt. Gewählt wurden nach offiziöser Darstellung 285 Ministerielle, 72 Mitglieder der äußersten Linken, 57 der konstitutionellen Opposition, 25 Unabhängige; 36 Stichwahlen sind erforderlich. Offiziös verlautet ferner, daß die definitive Regierung mehrheitlich 330 betragen werde. Die bedeutendste Thatsache ist, daß die Sozialisten von 15 auf 28 stiegen und an 10 Stichwahlen theilhaftig sind. Die Republikaner stiegen auf 28, die äußerste Linke wird voraussichtlich von 68 auf 85 anwachsen. Ein richtiges Bild ist unmöglich jetzt schon zu geben. Jedenfalls hat die Regierung nicht den erhofften Erfolg davongetragen, denn die Opposition wurde nicht besiegt. Unsere Parteigenossen sind besonders erfreut, daß ganz Mai-



Land erobert wurde. Der Expräsident der Kammer Colombo fiel in Mailand und Como durch. Der Dichter D'Annunzio wurde in Florenz, wo er Kandidat der Obstruktion war, besiegt. Der Hauptcharakter der Wahlen ist der Gegensatz zwischen dem Norden, der oppositionell, und dem Süden, der ministeriell wählte. Da aber der Süden politisch mehr „Stimmvieh“ zählt, wiegt die Haltung des Nordens mehr. Die Kosten der Wahl bezahlten hauptsächlich die Rudinianer, zum Theil auch die Giolittianer und Zanardellianer (konstitutionelle Linke). Zanardelli selbst wurde zweimal gewählt: in seinem alten Sitze Iseo und in Nocera, Provinz Neapel.

### Rußland.

**Arbeitsnachweis.** Man schreibt der „V. Ztg.“ aus Petersburg: Eine für das industrielle Leben Rußlands höchwichtige Maßnahme ist kürzlich von der Regierung ins Leben gerufen worden. Es handelt sich um die erste Organisation eines geregelten Arbeitsnachweises in Rußland überhaupt, und zwar soll sich dieselbe zunächst auf die südlichen Gouvernements des Reiches, in denen sich der Mangel einer solchen Institution besonders fühlbar macht, erstrecken. Seitens der Regierung und der industriellen Unternehmer gedenkt man durch die neue Einrichtung jene merkwürdige Erscheinung zu beheben, daß, trotzdem die Fabriken in Rußland gegen drei Millionen Arbeiter bedürfen, sie nur etwa zwei Millionen beschäftigen, während andererseits die Zahl der beschäftigungslosen oder in minderwerthiger Weise beschäftigten Arbeitskräfte im Reich auf 3 1/2 Millionen geschätzt wird. Das Verwaltungskomitee der neuen Arbeitsorganisation steht unter der gemeinschaftlichen Leitung der Finanz-, Ackerbau- und Verkehrsministerien und unter dem Vorsitz des Gouverneurs von Charkow und zählt zu seinen Mitgliedern auch viele namhafte Unternehmer, so besonders Montan-Industrielle. Das Komitee hat die Aufgabe, Informationen über etwaigen Arbeiterüberschuß an den verschiedenen Orten einzuziehen und den betreffenden Ortsbehörden Nachrichten über Arbeiterbedarf nebst genauen Bedingungen zukommen zu lassen. Die örtlichen Behörden sollen hierbei das Komitee unterstützen, indem sie die Beschäftigung suchenden Arbeiter registriren und die Listen dem Komitee zusenden. Die Unternehmer haben gleichfalls Anzeige über Arbeiterbedarf zu machen. Erweisen sich Arbeiter als unfähig, so müssen die Industriellen ihnen dennoch so weit Arbeit geben, daß sie Ersatz für die Ausgaben der Her- und Hinreise erwerben können. Andernfalls müssen den Arbeitern die Reisekosten baar entrichtet werden. Das Komitee hat überdies die Aufgabe, für die Fabriken und die Arbeiter Vorverträge, die zur Regelung der beiderseitigen Beziehungen zu dienen bestimmt sind, aufzusetzen. In Fällen der Uneinigkeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist das Komitee verpflichtet, sofern Schlichtungsversuche nicht fruchten, den benachteiligten Theil von den gesetzlichen Hilfsmitteln, die ihm zur Verfügung stehen, in Kenntniß zu setzen und gegebenen Falls ihre Unterstützung nach dieser Richtung hin angedeihen zu lassen.

### Transvaal.

**Vom Kriegsschauplatz.** Dienstag Nachmittag ist Lord Roberts nunmehr auch in Pretoria, der Hauptstadt Transvaals, eingezogen. Lange genug hat es gedauert, bis die englische Heeresarmee unter großen Verlusten dorthin gekommen ist. Ganz ohne Kampf scheint das Häuflein der Engländer gelandet zu haben. Eine von Montag Abend 8 1/2 Uhr datirte Depesche des Lord Roberts vom Sig Wiles-Spruit besagt nämlich:

Wir brachen heute bei Tagesanbruch auf und marschirten etwa 10 Meilen bis zu diesem Spruit, dessen beide Ufer vom Feinde besetzt waren. Die berittene Infanterie und vier Kompagnien Yeomanry vertrieben den Feind schnell vom südlichen Ufer und verfolgten ihn nahezu eine Meile, bis sie sich einem heftigen Feuer der in Verstecken geschickt verborgenen Geschütze der Buren ausgesetzt sahen. Unsere schweren Geschütze eilten über die Pretoria umgebenden Hügel der Infanterie zu Hilfe und vertrieben, unterstützt von der Brigade Stevenson und der Division Pole Carew, nach einigen Schüssen den Feind aus seinen Stellungen. Die Buren verließen, unsere linke Flanke zu umgehen, was die berittene Infanterie und die Yeomanry verhinderten. Da die Buren unsern Nachtrab auf dem linken Flügel fortgesetzt bedrängten, sandte ich dem drei Meilen links von mir vorrückenden General Hamilton den Befehl, zu mir einzuweichen und die Lücke zwischen beiden Kolonnen anzufüllen. Der Feind wurde sodann in der Richtung auf Pretoria weiter getrieben. Der Einbruch der Nacht verhinderte die Verfolgung. Die Gardebrigade steht ganz in der Nähe des südlichsten Forts von Pretoria, kaum vier Meilen von der Stadt entfernt. Die Generale French und Hutton stehen nördlich von Pretoria, die Brigade Broadwood zwischen den Kolonnen der Generale French und Hamilton. Gordon schützt die rechte Flanke unserer Hauptarmee bei der verlassen Station Irene, die vom Feinde zerbrochen worden ist. Ich hoffe, daß unsere Verluste gering sind.

Aus Pretoria wird von Sonntag durch Reuters Bureau gemeldet: Als Kommandant Botha gestern den Franzosen Pretorias den Lauf ausprägen für die Flagge, die sie ihm überreicht, sagte er: Solange wir noch auf Tausende opferwilliger Männer rechnen können, dürfen wir nicht an Rückzug oder Aufgeben unserer Unabhängigkeit denken. Botha hat eine Proklamations-erlassen, durch die alle früheren Verordnungen aufgehoben werden und ein Ausschuß zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Pretoria eingesetzt wird.

Die Goldstadt Johannesburg ist Donnerstag Vormittag 11 Uhr den Engländern formell und in geordneter Weise übergeben worden. Roberts war dabei von einer kleinen Truppenabtheilung begleitet. Die Banken werden bewacht. Vor der Uebergabe fanden Plänkereien außerhalb der Stadt und auch in den Straßen statt; nach Beendigung derselben wurde an den nächstliegenden englischen General die Mitteilung gesandt, daß die Stadt nicht vertheidigt werden würde. Roberts selbst meldete aus Johannesburg vom 1. Juni: General Wabells Brigade bleibt in Johannesburg zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Die übrigen Truppen haben auf dem Wege nach Pretoria Lager bezogen. Die Besetzung von Johannesburg ging ruhig vor sich dank den vortrefflichen Vorkämpfern des Kommandanten Krause. Ich ritt mit demselben nach den Regierungsgebäuden, wo er mir die obersten Beamten vorstellte, die sämmtlich einwilligten, während der zu

treffenden Anordnungen auf ihren Posten zu bleiben. Die Stadt Johannesburg ist recht leer; auf dem Hauptplatze der Stadt hatte sich aber eine Volksmenge versammelt, als die britische Flagge gehißt wurde und die Truppen in ausgezeichnete Haltung defilirten. Weiter meldete Roberts am Sonnabend aus Orange Grove: Die Stadt Johannesburg ist ruhig; die Bewohner liefern Waffen und Pferde aus. Im Fort sind zur eine Haubitze und zwei 65 Millimeter-Geschütze zurückgelassen. Am 30. Mai haben die Queensland-Truppen ein Geschütz und 11 Wagen mit Vorräthen und Schießbedarf erbeutet. Bei den Kämpfen rund um Johannesburg wurden der Kommandant Botha von Bontpanzberg, sein Feldkornet und etwa hundert andere Buren gefangen genommen, unter denen sich auch einige Ausländer und Angehörige des irischen Freikorps befanden. Am 29. Mai wurde eine Abtheilung Yeomanry auf dem Wege zwischen Kroonstad und Lindley angegriffen und erlitt einige Verluste.

„Daily Express“ meldet aus Lourenzo Marques vom 3. d. M.: Ein amtliches Telegramm aus Pretoria besagt: Ein schweres Geschütz fand bei Irene, 8 Meilen südlich von Pretoria, am 31. Mai statt. Die Buren behaupteten ihre Stellungen bis Sonnenuntergang. 15 Hügel mit Vorräthen werden täglich von Madabodorp nach Lydenburg abgeleitet.

Nach einem Londoner Telegramm des „V. Z.“ brachte Frau Reich, die Frau des Staatssekretärs, bei ihrer Fahrt aus Pretoria im Gepäckwagen zwei an den Boden geschräubte, von zwei Holländern bewachte eiserne Schränke mit 150 000 Pfund nach Lourenzo Marques mit. Das Geld wurde mit der portugiesischen Regierungsbarrikade an Bord des Dampfers „Bundesrath“ gebracht. Der Dampfer „Herzog“ nahm 17 Koffel Gold mit.

Baden-Powell befindet sich nach einer Nachricht der „Daily Mail“ noch immer in Kafeling.

Der deutsche Generalkonsul in Kapstadt, Dr. Focke, ist in den einseitigen Ruhestand versetzt worden. Zu seinem Nachfolger ist der 3. St. in der Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amtes in Berlin beschäftigte Stellvertreter des Gouverneurs von Deutsch-Südwestafrika, von Lindquist, aussersehen. — In einem Theil der deutschen Presse war dem Dr. Focke allzu starkes Liebäugeln mit England vorgeworfen worden.

In der portugiesischen Deputirtenkammer stellte der Minister des Auswärtigen gegenüber einem Deputirten fest, daß Portugal von der Südafrikanischen Republik kein Ultimatum erhalten habe, auch habe kein Kampf an der Grenze von Transvaal und Portugiesisch-Ostafrika stattgefunden.

### China.

**Der Aufstand der Boxer.** Die während der Pfingsttage eingelaufenen Nachrichten lassen die durch den Boxeraufstand geschaffene Lage erheblich verschärft erscheinen. Zwischen einem Kosakendetachement und Aufständischen ist es bereits zu einem ersten Zusammenstoß gekommen, bei dem es Tote und Verwundete gegeben hat, ein englischer Missionar ist ermordet worden, belgische Ingenieure sollen gleichfalls den Boxern in die Hände gefallen sein. Auch in Tientsin sind die Verhältnisse keineswegs beruhigend und lassen vieles zu wünschen übrig. Den fremden Schiffskommandanten sind unter diesen Umständen Weisungen erteilt worden, die zur Ergreifung aller den Umständen angemessenen Maßregeln den nöthigen Raum gewähren. Einer Peking-„Times“-Meldung zufolge bot der russische Gesandte die Hilfe russischer Truppen zur Unterdrückung des Boxeraufstands an. Das Tsungli-Yamen dankte jedoch dem Gesandten und versprach, das Anerbieten nur in Erwägung zu ziehen. Das deutsche und österreichische Detachement sind jetzt in Peking angekommen. Das deutsche besteht nur aus einem Offizier und 50 Mann des Seebataillons. — Nach dem neuesten Reuters-Telegramm stehen die Boxer angeblich nur noch 4 Meilen von Tientsin. Ein Angriff auf die Stadt werde erwartet, doch sei alles vorbereitet und die Bevölkerung in zureichender Stimmung. Drei belgische Ingenieure sind in Tientsin eingetroffen. Nach einer Mittheilung des französischen Konsuls werden elf belgische Ingenieure noch vermisst; es bestehe aber die Hoffnung, daß wenigstens 5 noch gerettet werden. — Der amerikanische Gesandte Conger telegraphirte an seine Regierung in Washington, daß auch außerhalb Pekings das Boxerunwesen zunähme. Die Pao-Ling-Fu-Bahn mußte ihren Betrieb einstellen. Die Arbeit an der Peking- und Hankau-Linie hörte auf.

Der Reutersche Korrespondent in Tientsin hat dieser Tage Huangtsu in Begleitung mehrerer Eisenbahningenieure besucht. Sie fanden die Station niedergebrannt, auch war der Versuch gemacht worden, 2 Brücken zu zerstören. Der Befehlshaber der chinesischen Truppen, die die Bahn bewachen, meldete, 200 Mann wären davongelaufen und hätten 50 Mann im Stich gelassen; letztere hätten gut gekochten und mehrere Boxer getödtet. Die Soldaten, die wegelaufen, sollen im durchbrochenen Gelände abgeschritten worden sein. Wörtlich meldet dann der Korrespondent weiter: „Wir bargen zwei Leichen, die entsetzliche Verletzungen aufwiesen, dergleichen mehrere Verwundete. Wir sahen Banden von Boxern das Land durchstreifen, die jedoch die Hügel nicht angriffen. Alle chinesischen Bahnbefrieder verlassen ihre Posten, obwohl Truppen zu ihrem Schutze abgeleitet sind, so daß sich diese Maßregel als nutzlos erweist. Auch die zum Schutze von Fengtai beorderte Truppe von 250 Mann ist nach Luentschao geflohen, als sie die Nachricht von den Vorgängen bei Huangtsu erhielt.“

### Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 6. Juni 1900.

Zug von Schuhmachern nach Lübeck ist feruzhalten, da folgende Geschäfte die von den übrigen Arbeitgebern bewilligten Forderungen nicht anerkennen wollen: Hugo Haendler, Breitestraße 56, Kamm, Hügelstraße, Laden Breitestraße-Markt, Straubing, Moislinger Allee, Rosenbergs, Mühlenstraße, Kamm, Charlottenstraße, Straubing, Fischstraße, Lange, Schüsselbuden, Bland, Schmiedestraße, Ruusch, Schulstraße, Kröger, Ernststraße, Töbter, Engelstraße, Lühr, Rönigstraße.

## An die arbeitende Bevölkerung Lübecks!

Ehrenpflicht jedes Arbeiters und jeder Arbeiterin ist es, die

### Braunbierbrauerei-Arbeiter

moralisch zu unterstützen.

Die Braunbierbrauereiarbeiter schreiben uns unter Bezugnahme auf den Aufruf des Arbeitgeberverbandes: „Das Ding wimmelt von Unwahrheiten, die wir schon duzendfach widerlegten in Zeitungsnotizen, Flugblättern und Volksversammlungen. Weßhalb schwiegen denn die ganze bürgerliche Presse, die heute den Mund wieder so voll nimmt, über die Versammlung im Reutertrug? Weil sie überfüllt war, weil sie bewies, daß die Arbeiterschaft auf dem Posten und auf der Seite der Streikenden ist! Warum der Angst des Arbeitgeberverbandes, nachdem vor jener Versammlung noch das Amtsblatt erklärte, der Boycott wirke nicht? Nun, weil der Boycott ganz gewaltig wirkt! In ihrer Wuth fällt nun die Gegnerschaft über den Genossen Boyesen her. Mit dreierlei Sinn erklärte man, dieser sei Wirth und weber am Orte noch anderwärts jemals als Braunbierbrauer thätig gewesen. Diese Verläumdung verdient vom Gerichte eingeschätzt zu werden! Boyesen ist der Sohn eines Braunbierbrauereibesizers, hat in einem Geschäfte gelernt, in dem trefflichen Lager-, Braun- und Malzbierfabrikant wird und später in drei Braunbierbrauereien gearbeitet. Und da besitzt der unter juristischer Berathung stehende Vorstand des Arbeitgeberverbandes den Muth, öffentlich jene ehrverletzende Behauptung aufzustellen! Wie viele von den Besitzern sind denn nun aber eigentlich gelernte Brauer? Einer ist Stellmacher und kennt nichts von Brauerei; auch sein Sohn, der's gelernt hat, war nicht im Stande, konfurrenzfähiges Braunbier herzustellen. Ein anderer ist Böttcher, die übrigen Weinarbeiter, Bäcker, Kaufmann, Flußschiffer, Landmann, vier sollen Holländer gewesen sein, nur zwei sind anscheinend gelernte Brauer. Sind das die allein urtheilsfähigen und urtheilsberechtigten Fachleute? Im Aufruf ist die Adresse Boyesens als Sadowastrasse 8 II angegeben. Ist etwa im zweiten Stock des Hauses Sadowastrasse 8 eine Kneipe? Die Herren liefern ja selbst den Beweis, daß sie im Unrecht sind! Als die Unterhandlungen begannen, war Boyesen Braugeschülfe auf der Hanfabrauerei und blieb es noch wochenlang. Jetzt gehört er der Lohnkommission überhaupt nicht mehr an. Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse werden wir morgen mit mancherlei Behreicherung aufwarten.“ — Hier haben wir den Beweis, wie leichtfertig der Vorstand des Arbeitgeberverbandes mit dem guten Rufe eines Mannes umzuspringen beliebt, der ihnen unbequem ist, weil er für die Interessen seiner Kollegen eintritt. Das sind dieselben Herren, welche von „sozialistischer Verhöhnung“ reden. Den Vorstand des Arbeitgeberverbandes bildeten am 14. Juni 1898 die Herren Dr. S. Götz, Fr. Ewers jr., F. Schwarzkopf, Johs. Boyesen, und P. Meeths. — Fr. Ewers jr. ist inzwischen Senator geworden und dürfte ausgeschlossen sein; ob die andern dem Vorstande noch angehören, entzieht sich unserer Kenntniß, läßt sich jedoch feststellen, wenn es für erforderlich erachtet werden sollte.

Der Aufruf des Arbeitgeberverbandes erregt das äußerste Wohlgefallen der „Eisenb.-Ztg.“, die sich einzureden scheint, sie sei eigentlich die Mutter des klugen Gedankens. Die Ausführungen treffen nach ihrer Ansicht „den Nagel auf den Kopf“. So ähnlich ungefähr, wie die „Eisenb.-Ztg.“ den Nagel zu treffen pflegt. Sie sieht in dem Kampf gegen die halbsittigen Braunbierbrauereibesizer „den ersten Vorstoß der Sozialdemokratie gegen das Kleinvergewerbe“. Als ob gegen dieses nicht das Großkapital genügend Vorstöße erfolgreich machte. Die unbegreifliche Unbesonnenheit der Braunbierbrauereibesizer beruht ja gerade darauf, daß die Kleinbetriebe sich zum Großkapital flüchten, statt mit den ihre Produkte konsumirenden Arbeitern zu halten! Auch der Umstand, daß die „Eisenb.-Ztg.“ so treu zu ihnen hält, sollte die Besitzer längst klug gemacht haben. Sie sollten doch wissen, daß wer von der Seite unterstützt wird, allemal auf Sand gebaut hat.

Zweiterlei Maß. Die nationalliberale Presse möchte dem „Vorwärts“ nachweisen, daß er nur die Vergehen der Reichen brandmarkt, die der Arbeiter aber ignoriere, und sucht das an zwei Prozessen nachzuweisen, wo Arbeiter als Spieler resp. Lüftlinge auftraten. Es waren das aber Schächter, Kellner, Handlungsgehülfe u. dergl., also Leute aus Schichten, die der modernen Arbeiterbewegung noch fernstehen und ihren wohlthuerenden Einfluß noch nicht genossen haben. — Der Nachweis ist also total mißlungen.

b Arbeiterisiko. In der Gloginstraße verunglückten, wie bereits kurz gemeldet, am Sonnabend drei Personen, zwei Maurer und ein Lehrbursche, dadurch, daß einer



derselben eine Tracht Steine auf das Gerüst warf, worauf zwei Rehbäume brachen und die drei Mann in die Tiefe fielen. Der Maurer Flägel fiel die ganze Höhe des dreiflüchtigen Gerüstes herunter und erlitt mehrere Verletzungen am Kopfe, der Maurer Schröder, welcher mehr Glück im Unglück hatte, fiel durch ein Fenster des obersten Stockwerks; er konnte bereits am Dienstag die Arbeit wieder aufnehmen; ebenso der Lehrbursche, welcher freilich auch die ganze Höhe abstürzte, jedoch nur infolge Aufschlagens auf eine Latte eine Anschwellung des Kinns davontrug. — Der am Schulhausbau verunglückte Zimmerer Warnke hat leider das rechte Schlüsselbein gebrochen und die Nackenschne gerissen, auch sind die Kopfverletzungen recht arg.

**Schiffsverkehr im Hafen.** In der vorigen Woche liefen ein 36 Dampfer, 43 Segler, ausgelaufen sind 45 Dampfer, 22 Segler, davon 6 bezw. 2 leer oder in Ballast.

Ein Blitzschlag traf gestern den Petrifischthum, ohne besonderen Schaden anzurichten.

Ein Hamburger Turnverein ist nach Angabe des „General-Anzeigers“ in der Nähe von Schwartau überfallen worden. Einige Turner sollen erheblich verletzt worden sein.

**Jackenburg.** Die nächste Mitglieder-Versammlung der hiesigen Zählstelle des Verbandes der Maurer findet am Donnerstag, den 7. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, bei Baetou statt. Die Ortsverwaltung ersucht um zahlreiches Erscheinen.

**Eutin.** Im Ugleisee ist am 2. Pfingsttage ein Referendar aus Bochum ertrunken. Das leidige Schoufeln mit dem Boote ist Veranlassung des Unfalls gewesen.

**Ahrensdorf.** Der Streik der Maurer und Zimmerer ist von den Beteiligten für beendet erklärt. Alle Forderungen sind bewilligt, außer von drei „Bauhütten“-Meistern. Es sind dies Zimmermeister Hoffmann (beschäftigt 2 Lehrlinge), Maurermeister Hoffmann (beschäftigt 2 Lehrlinge), Maurermeister Wittern (beschäftigt einen Partier, einen Gesellen, 5 Lehrlinge). Ueber diese Geschäfte ist die Sperre verhängt und Zugang streng fernzuhalten.

**Hamburg.** Die auf Werften beschäftigten Arbeiter gedenken in eine Lohnbewegung einzutreten. Gefordert wird: Minimallohne für Mieter-Schirmermeister 38 Bfg., Helfer und Vorhalter 36 Bfg., Mietenwärmer 20 Pf., Schiffsbauer 40 Bfg., Helfer am Schiffbau, Bohrer, Platz und sonstige Hilfsarbeiter 35 Bfg., Kreuzer und Steiner 38 Bfg., Schmelde und Kesselschmelde, Schirmermeister 45 Bfg., Zuschläger 40 Bfg., Schlosser, Dreher und Maschinenbauer 45 Bfg. pro Stunde. Außerdem wurde beschlossen, auf die bestehenden Löhne einen Aufschlag von 5 Bfg. die Stunde zu fordern. Bei Reparaturarbeiten eine Zulage von 5 Bfg. die Stunde, das sogenannte Schmutzgeld. Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit. Folgende Punkte gelangten ebenfalls zur Annahme, und sollen den Arbeitgebern

gleichzeitig unterbreitet werden: Einführung von Lohnstufen, nach dem Muster der Firma Blohm u. Voß, auf sämtlichen Werften; Errichtung von Räumlichkeiten, in denen die Arbeiter während der Pausen sich aufhalten und ihr Essen einnehmen können, gleichzeitig Einrichtungen, die es dem Arbeiter ermöglichen, sein Essen wärmen zu können. Errichtung und Instandhaltung von Aborten, welche den sanitären Verhältnissen, und der Zahl der Arbeiter entsprechen. Bei Uebernahme von Akkordarbeit ist der Preis den betreffenden Arbeitern innerhalb 24 Stunden bekannt zu geben. Betreffs des Arbeitsnachweises gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Wir ersuchen den Verband der Eisenindustrie Hamburgs, bei Arbeitsnachweisungen jede Maßregelung zu unterlassen, sowie auch geeignete Wartezimmer einzurichten, damit bei ungünstiger Witterung genügend Schutz vorhanden ist, welcher in gesundheitlicher Hinsicht für die Nachfragenden erforderlich ist.“ Die Antwort ist bis zum 15. d. Mts. erbeten.

**Rostock.** Großfeuer. In Dändorf bei Ribnitz sind am Sonntagmorgen fünf Erbpachtshöfe mit allen Gebäuden und acht Wüdnereien in Flammen aufgegangen.

**Briefkasten.**

+++ Donnerstag 8 1/2 Uhr.  
F. F. Entzieht sich unserer Kenntnis.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber gar keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Wünschen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Die Geburt eines kräftigen Knaben zeigen hoch erfreut an

**Paul Rypl und Frau Schwartau.**

Die Behauptung, daß ich mich Herrn Heyden. Bei St. Johannis 6, unter 40 Bfg. Stundenlohn angeboten habe, um nur Arbeit zu bekommen, beruht auf Unwahrheit.

Fr. Schwarz, Bauarbeiter.

**Logis zu vermieten.**

Emilienstrasse 4a.

Gutes Logis für 1-2 jg Leute, (gute Betten m. Sprungfedermatratze. Kab. Exped. dieß Blatt.

Zu vermieten ein möbl. Zimmer für 2 jg Leute Helmsstr. 7. 1. Et.

Ein gutes Logis. Zischstr. 27.

Gesucht eine Wohnung zum 1. Okt. für 2 einj. Leute ohne Kinder. Miete bis 200 Mk., am liebsten vorn gegenüber. Df. u. M O G a. d. Exp. d. Bl.

Zu verkaufen eine Gartenbank. Fontwarthgrube 69.

Zu verkaufen 1 guterhaltenes Fahrrad für 85 Mk. Schwartauer Allee 71a.

Gesucht 1 Laufmädchen bei einem Kinde. Spillerstr. 15.

**Volksfest.**

Material für Erfrischungszelt mittlerer Größe gesucht. Offerten mit Preisangabe sub M G 32 befördert die Expedition dieses Blatt.

Der Herr, welcher am 1. Pfingstabend bei L. Pals meinen Hut umgestrichen hat, wird gebeten, ihn Paulstraße 12a abzugeben.

K. Krug

la. Berger Flohmheringe, la. Fettheringe in gr. Auswahl, la. echte Anchovis, Essig und Essigsprit in Gebinden jeder Größe.

H.L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge, Essigfabrik, gegr. 1825. Fuchserstraße 61.

**Sarg-Magazin**

von Georg Behnck

4 Warendorferstraße 4 (St. Lorenz) Blüthe-Bräu. Einleitungen.



**Empfehlungs-Karten**

Werkert prompt und sauber. Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Habe mit dem heutigen Tage eine **Schlosserei** eröffnet und halte mich in vorfindenden Arbeiten bestens empfohlen. Aufträge werden prompt und gut ausgeführt. Hochachtungsvoll **J. Blöss, Beckergrube 73.**

**Anonyme Anzeigen,** also solche Inserate, deren Aufgeber ungenannt bleiben wollen, wie dies bei Gesuchen und Angeboten von Stellen, Theilhabern, Pächtern, Agenten u. s. w., sowie bei An- und Verkäufen. üblich ist, werden streng discret zu Originalpreisen ohne jeden Aufschlag durch die Älteste Annoncen-Expedition **Haasenstein & Vogler A.G.,** Fernsprecher **LÜBECK** Markt 18. 319. an alle Zeitungen und Zeitschriften befördert. Auf Wunsch Vorausberechnungen und Zeitungskataloge kostenlos zu Diensten. — Gebühren für Annahme und Abholen der Offertenbriefe werden nicht erhoben. • Gegründet 1855. •

**Achtung Lastdielarbeiter!**  
**Öffentliche Versammlung** für alle **am Wasser, auf der Lastadie u. den Sägemühlen beschäftigten Arbeiter** am Donnerstag den 7. Juni, Abends 8 1/2 Uhr **in den Central-Hallen, Danforthgrube.** Tages-Ordnung: Zweck und Nutzen der Organisation, und die im Mai stattgefundene Lohnaufbesserung. Diskussion. Referent: **A. Kasch.** Für zahlreichen Besuch mögen die Verbandskollegen sorgen. **Der Einberufer.**

**Öffentliche Versammlung** für alle **in Feuerungsgeschäften beschäftigten Arbeiter, Kutscher, Platzarbeiter etc.** am Donnerstag den 7. Juni, Abends 8 1/2 Uhr **in den Central-Hallen.** Tages-Ordnung: Die Lage der in Feuerungsgeschäften thätigen Arbeiter und Kutscher und die Nothwendigkeit der Organisation. Diskussion. Zahlreichen Besuch erwartet. **Der Einberufer.**

**Streichfert. Oelfarben** genau nach Muster **sämtliche Malartikel** wie auch **Carbolineum.** Hansa-Dragerie **Hans Fock** Ecke Jackenburger u. Schwart. Allee. **Folkers' Möbel-Magazin** 25 Marlesgrube 25 empfiehlt gut gearbeitete Möbel, Spiegel n. Polsterwaren, vom einfachsten bis zum elegantesten, zu billigen Preisen.

**Frisch geräucherte Mafrelen** empfiehlt sehr preiswerth **J. F. Jäger, Zischstr. 31.** **Achtung Flussdiffer!** **Mitglieder-Versammlung** am Mittwoch den 6. Juni 1900 Anfang 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50. Der Vorstand.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein Lübeck.** **Mitglieder-Versammlung** am Donnerstag den 7. Juni Abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50. Der Vorstand.

**Club Fidelitas.** **Ausflug** per Sonderzug nach Eutin am Sonntag den 10. Juni 1900. Ab Lübeck 1 Uhr 40 Min. Mittags. Ab Eutin 11 Uhr 20 Min. Abends. Die Fahrkarten sind bis zum 10. Juni, Morg. 9 Uhr, beim Kassensührer Herrn Calmes, Kupferstraße 24, zu entnehmen. **Fremdenpreis 1,50 Mk.** Vereinszeichen sind anzulegen. **Der Vorstand.**



## Wilhelm Bracke.

Ein sozialdemokratischer Charakterkopf.

Die ehemalige Hansestadt Braunschweig, die infolge des Niederganges ihres einst so stolzen Bürgerthums in die Gewalt der Welfenherzöge fiel, ist heute ein bedeutender Industriepark. Die weitaus stärkste politische Partei in dieser Stadt ist die Sozialdemokratie. Das war vor dreißig Jahren, als sich die Parteileitung der sogenannten Eisenacher Sozialdemokratie in Braunschweig befand und auf Befehl eines preussischen Generals verhaftet wurde, noch ganz anders. Was aber ein Einzelner thun konnte, um die heutige Machtstellung der sozialdemokratischen Partei in Braunschweig vorzubereiten, das hat Wilhelm Bracke gethan, dessen Name noch heute der populärste im Herzogthum Braunschweig ist.

Bracke war eine der interessantesten Erscheinungen in der sozialdemokratischen Bewegung. Aus einer sehr wohlhabenden Braunschweiger Kaufmannsfamilie stammend, die in einem ehemals dem Herzog Karl Wilhelm Ferdinand gehörigen Hause eine Wehl- und Kornhandlung betrieb und noch betreibt, hätte Bracke bei seiner glänzenden Veranlagung es leicht gehabt, innerhalb des Bürgerthums eine hervorragende Rolle zu übernehmen. Aber es war eine durchaus ideal angelegte Natur, und bürgerliche Ehren konnten einen solchen Feuergeist so wenig reizen, wie materielle Genüsse. Die Schriften Lassalles, sowie diejenigen einiger französischer Sozialisten — namentlich das Buch von Buonarrotti über die Verschwörung Babeufs — befehrten ihn zum Sozialismus, den er mit glühender Begeisterung erfaßte. Er trat dem allgemeinen deutschen Arbeiterverein bei, und bald hatte dieser in Braunschweig eine stattliche Mitgliedschaft.

Bracke war sehr vielseitig und unermüdet thätig. Früh trieb er Naturwissenschaften, namentlich Astronomie und Chemie; er hatte sich in seinem Vaterhause ein chemisches Laboratorium eingerichtet. Mit wachem Feuergeist trieb er Sozialökonomie und hatte sich so in sie hineingearbeitet, daß er über die Marxsche Werttheorie z. B. ohne Vorbereitung so fließend sprechen konnte, wie über einen beliebigen anderen Gegenstand. Er schrieb Broschüren und Zeitungsartikel und agitirte unablässig in Versammlungen. Dabei hatte er von morgens bis abends im väterlichen Geschäfte zu thun.

In seiner Familie fand er Erholung von seinen Anstrengungen. Er hatte ganz nach seiner Neigung geheiratet und sein Familienleben war ein sehr glückliches. Es entschädigte ihn weitans dafür, daß das Epiekbürgerthum sich von ihm zurückzog und ihn aufseindete. Doch hat man ihm eine hohe Achtung niemals verweigert. Dies befandete sich ganz besonders in dem großen Braunschweiger Prozesse von 1871, in dem Brackes Klassenlehrer als Zeuge auftrat und seinem ehemaligen Schüler ein wahrhaft glänzendes Zeugniß ausstellte.

Als Volksredner war Bracke wohl einer der besten, die es je gegeben hat. Es war nicht nur die schöne Form seiner Reden, die die Massen so gewaltig mit sich fortriß; es war auch das aus jedem Satze hervordringende Feuer einer mächtigen Begeisterung, was manchmal eine solche Wirkung hervorbrachte, daß Anhänger und Gegner in der Versammlung gleichmäßig mit forgerissen wurden und dem Redner jubelten. Schon in ganz jungen Jahren machte Bracke mit seiner Rednergabe in Berlin Aufsehen, als er in einer großen Volksversammlung dem alten Feld, dem bekannten Berliner Volksredner von 1848, gegenübertrat und ihn vollständig schlug.

Seine kühne Initiative und sein unerschütterlicher Muth schreckten vor keiner Schwierigkeit zurück. Er hatte sich die Aufgabe gestellt, das Herzogthum Braunschweig für die So-

zialdemokratie zu erobern. Das war zu seinen Zeiten schwieriger denn heute, namentlich die prächtige Großbauernschaft leistete der sozialdemokratischen Agitation zähen und brutalen Widerstand. Mehrmals wurden sozialdemokratische Redner auf dem Lande mißhandelt, welchem Schicksal auch Bracke nicht entging. Er hat bei dieser Agitation seine Gesundheit zu sehr außer Acht gelassen. Es gelang ihm leider nicht, ein Reichstagsmandat für Braunschweig zu erobern: erst vier Jahre nach seinem Tode siegte die Sozialdemokratie zum ersten Mal im Wahlkreise Braunschweig-Blankenburg.

Im Jahre 1874 kandidirte Bracke im Leipziger Landkreise. Dort war Johann Jacoby in der Stichwahl gewählt worden, hatte aber das Mandat abgelehnt. Es war ein schwieriger Kampf, die Masse der erregten und enttäuschten Wähler nochmals für die Sozialdemokratie in Bewegung zu bringen. Bracke unternahm es unerbrossen. Wie damals der Wahlkampf geführt wurde, beweist die Thatsache, daß das „Leipziger Tageblatt“ einen Artikel gegen Bracke losließ, worin er, der unermüdetste Mann unter der Sonne, beschuldigt wurde, Kornwucher zu treiben. Die Wähler waren so verheißt, daß in einer großen Versammlung zu Liebertsdorf, wo Bracke und ich sprachen, die Menge erst gar nichts von politischen Dingen, sondern nur von Brackes Korngeschäften hören wollte. Ein ohrenzerreißender Lärm entstand; endlich konnte Bracke sich verständlich machen und wies die gegen ihn erhobene Verleumdung ruhig und siegreich zurück. Er wurde nicht gewählt, aber er unterlag ehrenvoll mit gegen 6000 Stimmen.

Bracke brachte auch große materielle Opfer für die Partei. Jahrelang hat er, von anderem abgesehen, das Defizit des „Braunschweiger Volksfreundes“ gedeckt.

Ich wurde 1872 mit ihm persönlich bekannt. Soeben war ich in Nürnberg in die Partei eingetreten und hatte meine Beziehungen zur bürgerlichen Demokratie zu lösen begonnen, als mich ein Brief von Bracke dringend einlud, nach Braunschweig zu kommen und die Redaktion des „Volksfreundes“ zu übernehmen, da alle Redakteure verhaftet seien. Ich befand mich in einer für jene Zeit und für meine 22 Jahre wohlbedachten Stellung bei einem demokratischen Blatte. Bracke konnte mir materiell nur wenig bieten. Aber ich folgte seinem Ruf und gab meine Stellung auf.

Ich war sehr gespannt darauf, die Bekanntschaft Brackes zu machen, denn der aus Braunschweig stammende Studiosus A. hatte mir in Würzburg viel Interessantes von ihm erzählt. Ich stellte mir den Braunschweiger Volksmann als eine imposante Erscheinung vor und war erstaunt, einen hageren, schwächlichen, mittelgroßen Mann von 30 Jahren zu finden, dem man den Feuergeist äußerlich gar nicht anjah. Aber sobald Bracke zu sprechen anfing und besonders wenn er in Eifer gerieth, dann erkannte man sogleich, mit welcher bedeutendem Menschen man es zu thun hatte.

Bracke war sehr erfreut, daß ich kam, denn es war Mangel an Redakteuren. Bernhard Becker saß im Egidienkloster wegen Majestätsbeleidigung; Ujjer war eben entlassen worden, und der grimmige Kampf mit der Polizei und den Gerichten tobte weiter: Es bestand damals noch das alte braunschweigische Preßgesetz, nach dem einer Zeitung wegen eines Artikels, dessen Verfasser nicht ermittelt werden konnte, nur bis zu 300 Mark Geldbuße auferlegt werden konnte. Diese runde Summe schnetterten die Richter fast bei jedem Prozesse auf den „Volksfreund“ herab und bald waren für ihn gegen 6000 Mark an Strafen und Kosten aufgelaufen, die von Bracke bezahlt werden mußten, von den Braunschweiger Parteigenossen aber durch die Sammlung „zum bekanten Zweck“ wieder aufgebracht wurden.

\* Ich darf wohl die Gelegenheit wahrnehmen, dieses an sich unbedeutenden Umstandes Erwähnung zu thun, weil Anderen wie mir schon oft nachgesagt worden ist, wir seien seiner Zeit nur der Sozialdemokratie beigetreten, weil wir sonst nirgends hätten „ankommen“ können.

Der damalige Polizeidirektor Meyer ließ den „Volksfreund“ sehr häufig konfiszieren. Ich richtete einen ziemlich dicken „offenen Brief“ an ihn, was zur Folge hatte, daß auch ich auf drei Monate in das Egidienkloster gesteckt wurde. Bracke verah mich mit Büchern, und da ich es sonst nicht schlecht hatte, so war dies mir eine willkommene Gelegenheit, meine sozialpolitischen theoretischen Kenntnisse zu ergänzen.

In Braunschweig sprach man damals bei den Parteigenossen noch fast täglich von den beiden großen Prozessen, die stattgefunden hatten, dem Braunschweiger Prozeß gegen Bracke und Genossen und dem Leipziger Hochverrathprozeß gegen Bebel und Liebknecht. Der Braunschweiger Parteiauschuß der Eisenacher Sozialdemokratie — Bracke war als Gegner Schweigers aus dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein ausgetreten und hatte sich den „Eisenachern“ angeschlossen — hatte gleich nach der Schlacht von Sedan ein Manifest erlassen, in dem gegen die Fortsetzung des Krieges protestirt und Frieden gefordert war. Damals war über Nord- und Mitteldeutschland der Belagerungszustand verhängt und General Vogel von Falkenstein ließ Bracke nebst den übrigen Ausschußmitgliedern verhaften und nach Lözen an die russische Grenze bringen. Auch Geib und Johann Jacoby wurden dahin gebracht.

Nach dem Kriege wurden die Ausschußmitglieder nach Braunschweig zurückgebracht, wo sie noch eine längere Untersuchungshaft zu erdulden hatten. Der große Prozeß, der gegen sie eingeleitet wurde, verlief so gut wie im Sande. Brackes glänzende Verteidigung machte damals Aufsehen.

Der Falkenstein ist bei dieser Affaire auch schlecht gefahren. Der „Kladderadatsch“ besang die Thaten der preussischen Heerführer und sagte dazu:

Vom Falkenstein aber, dem Helben,  
Koch hätte Sagen singen und melden:  
Er fing durch seine Heldenthaten  
Jacoby und zwölf Soz.aldemokraten!

Aber nicht nur Svott erntete der General. Bracke und seine Leidensgenossen reichten gegen ihn, jeder einzeln, eine Entschädigungsklage ein, und das Wolfenbütteler Obergericht verurtheilte den General zur Zahlung. Jähneknirschend ließ er sich auf seinem Gute auspäfen. Der alte Kaiser Wilhelm, der über das Urtheil des Wolfenbütteler Obergerichts sehr ungehalten gewesen sein soll, bezahlte die Summe für das erste Urtheil. Vogel von Falkenstein entging durch seinen Tod weiteren Begegnungen mit dem Exekutor.

Ich wurde mit Bracke sehr befreundet und habe viele angenehme Stunden in seinem gastlichen Hause hinter den Brüdern 9 zu Braunschweig verbracht. 1877 trafen wir uns in Berlin als junge Abgeordnete\*\* und wohnten zusammen in einem Zimmer. Damals war Bracke sehr lustig und vergnügt, daß es eine wahre Freude war, mit ihm zusammen zu sein. Wer hätte gedacht, daß er nach drei Jahren schon todt sein würde!

Das Sozialistengesetz kam, und Bracke wurde von harten Schlägen betroffen. Sein ganzer Verlag wurde verboten. Das Heine'sche Wort: „Und wird uns der ganze Verlag verboten, so schwindet am Ende von selbst die Zensur!“ erfüllte sich bei ihm buchstäblich. Er hatte auch sonst noch geschäftliches Mißgeschick und begann zu fränkeln. Das letzte Mal schrieb er mir 1879, als er einen Redakteur suchte, in sehr trüber Stimmung, sein baldiges Ende voraussehend. Anfang 1880 ist er gestorben, noch nicht 38 Jahre alt.

\*) Wie ich später aus guter Quelle erfuhr, war der alte Herzog Wilhelm über diesen Eingriff der preussischen Soldatenjagd in seine Landesherlichkeit sehr ergrimmt. „Die Leute haben ja gar nichts gethan“, sagte er.

\*\*) Bracke war im 17. sächsischen Wahlkreis — Glauchau-Merane — gewählt worden.

## Sumpfland.

Roman von Dora Dunder.

(19. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Nachdem heute Mittag die erste, seitens des Franzosen stark gereizte Begrüßung vorüber, ließ Rudolf sich von Bourgeois einige der Leute charakterisieren, die er zunächst bei ihm einzuführen gedachte.

Rudolf hielt viel darauf, die Gesellschaft, mit der er's zu thun hatte, so genau wie möglich zu kennen. Im Uebrigen gab er sich den Anschein, als ob Bourgeois nur zu eben diesem Zwecke bei ihm vorgeschoben habe. Daß es sich, wie leghin gewöhnlich, wieder um einen muthmaßlich bedeutenden Vorstoß gehandelt, ignorirte Rudolf vollständig.

Das finstere Gesicht des Franzosen erhellte sich durch diesen Umstand nicht gerade. Dennoch beantwortete er jede Frage Rudolf's mit sachgemäßer Ruhe. Noch wollte er den Frieden zwischen ihnen. Erst als Rudolf ihn wiederholt um die Sicherheit und völlige Harmlosigkeit gewisser Pointeurs befragte, fuhr er auf:

„Mort de ma vie — bin ich ein Stümper?“ Und eine jähe Röthe flog über sein Gesicht.

„Nein, aber zuweilen nicht vorsichtig genug.“ gab Rudolf mit überlegener Ruhe zurück.

Der Franzose kniff seine schmalen Lippen noch schmäler zusammen, aber er sagte kein Wort dazu. Nur von der Seite traf den Genossen ein lauernder, drohender Blick.

Rudolf hatte nichts davon bemerkt.

„Und nun, mon cher, lassen Sie uns ein Glas Claret auf gutes Gelingen trinken.“

Er stieß mit Bourgeois an, der aber blickte zur Seite und murmelte etwas in seinen Spitzbart, was nicht gerade wie ein Segenswunsch klang.

Rudolf trank das Glas mit einem Zuge leer. Dann

saß er den Franzosen mit einem spöttischen Blick von der Seite an. Er wußte nur zu genau, was diese gereizten, erbitterten Mienen zu bedeuten hatten. Aber sie schreckten ihn nicht. Rudolf dünkte sich wohl der Mann, mit ihnen fertig zu werden.

Er goß noch den Rest der Flasche in sein leeres Glas und dieses sodann gegen den Franzosen erhebend, sagte er:

„Ich hoffe, Ihre Laune wird sich bis heute Abend aufbessern, Bourgeois.“

„Möglich, sogar wahrscheinlich, wenn Sie mir auf der Stelle die vielbesprochenen zweitausend Dollar geben.“ erwiderte er zwischen den Zähnen.

„Ich wüßte nicht, daß ich eine Schuld an Sie hätte. Die zweitausend Dollar sind nur von Ihnen, nicht von mir „viel besprochen“ worden. Zwischen uns ist, so viel ich weiß, völlig glatte Rechnung. Oder hätten Sie Ihren Antheil etwa nicht regelrecht ansgezahlt bekommen?“

„Dieser Antheil ist eine Lumperei, mein Herr —“

„Oho — Sie nannten ihn noch vor Wochen ganz anders.“

„Vor Wochen ist nicht heute. Ich habe Ihnen meine Ansicht über diesen Punkt bereits des Ofteren wiederholt.“

„Und ich habe diese Ihre Ansicht ebenso oft zurückgewiesen.“

Bourgeois knirschte vor Wuth.

„So geben Sie mir zum Mindesten einen Vorstoß bis auf heute Abend, das Uebrige mag sich alsdann finden.“

„In welcher Höhe?“

„Tausend Dollar.“

Rudolf lachte laut auf, sprang auf und stieß den Stuhl zurück.

„Sie sind nicht geschämt, mein Vester. Ihre Galle ist aufgeregt, Sie sehen mal wieder aus wie eine Citrone,

thun Sie was dagegen, ich muß nach Hause und an die Arbeit.“

Das Gesicht des Franzosen wurde, nachdem Rudolf den Barroom verlassen hatte, noch um einen Schein gelber, als es zuvor gewesen, dann stieg ihm die Ronekröthe bis unter das pechschwarze Stirnhaar.

Er stieß das bis an den Rand gefüllte Glas auf den Tisch, daß es zerplitterte und der Wein sich in breiten, rothen Strömen über den Tisch ergoß.

Seine Adern schwellen an. Seine Fäuste ballten sich. Dann stieß er einen seiner fürchterlichsten gallischen Flüche aus und murmelte, diesmal vernehmlich genug, hinterher:

„Jetzt ist das Maß voll. Warte, Du deutscher Knauser, das zahle ich Dir heim!“

Und ohne sich Zeit zu lassen, auch nur seine Beche zu bezahlen, stürzte der Franzose davon.

## 15. Kapitel.

Frau Klump hatte Toilette gemacht, das heißt, sie hatte eine ihrer ältesten Theaterfahnen hervorgeholt, mit der sie zuletzt in irgend einem Dankestück flakt hatte. Nun rauschte sie, im Gefühl ihrer Unwiderstehlichkeit noch durch einen herzhafsten Schluck Brandy gekräftigt, in den kleinen Gartensaal hinunter, in dem Rudolf und Vieschen schon bei der Suppe saßen.

Frau Klump mußte heute mehr denn je die Kosten der Unterhaltung bei diesem häufig eingenommenen Mittagbrot tragen.

Vieschens Kopfschmerzen waren stärker geworden, und soweit das Kind überhaupt noch zu denken fähig war, dachte es an den Brief, der nun wohl schon zur Mutter unterwegs war.

Rudolf's Gedanken waren ganz von der Arbeit beansprucht, die er gleich nach dem Essen vorzunehmen gedachte



Wald nach seinem Tode besuchte ich seinen alten Vater. Der Greis faßte meine beiden Hände und fing bitterlich zu weinen an. Obgleich er innerlich der Sozialdemokratie nicht zugethan war, so war doch sein tapferer Sohn sein ganzer Stolz gewesen.

W. B. L. S. („Leipz. Volksztg.“)

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Der Ausstand der Berliner Parkettfußbodenleger ist durch einen Vergleich zwischen den Ausständigen und ihren Arbeitgebern beendet worden. — Die Klempner in Erfurt sind in den Streit eingetreten. Der Mehrzahl der Geschülften wurden die Forderungen bereits bewilligt. — Ein Textilarbeiterstreik ist in Leipzig in Aussicht. Der Verband der Leipziger Textil-Industriellen beschloß die Ablehnung der von den Arbeitern gestellten Forderung einer zehnstündigen Arbeitszeit. Infolgedessen steht, wie die „Volksztg.“ meldet, die Arbeitseinstellung in sämtlichen großen Leipziger Textilbetrieben für den 12. Juni bevor. — Der Leipziger Bäckerstreik wurde zu Gunsten der Geschülften beendet. — Die Große Leipziger Straßenbahn erhöhte freiwillig den Anfangslohn der Straßenbahn-Angestellten auf 2,80 Mark pro Tag. — Der Maurerausstand in Fulda ist beendet zu betrachten. Die Gesellen haben über die Meister gestimmt, welche die nachfolgenden Forderungen annahmen: Stundenlohn (Klassig) 32, 34, 36 Pf. von jetzt bis 1. Juli; 33, 35, 37 Pf. von da ab bis 1. April 1901; 36, 38, 40 Pf. von diesem Zeitpunkt ab bis auf weiteres. — Der Frankfurter Bäckerstreik ist zu Gunsten der Gesellen verlaufen und von diesen für beendet erklärt. Ueber 28 Betriebe, welche die Forderungen nicht bewilligt haben, ist die Sperre verhängt. — Die Barbier- und Friseurgehülfen in Dissenbach am Main haben die Kündigung eingereicht, nachdem mit den Prinzipalen keine Einigung erzielt werden konnte. — Auch im „goldenen Mainz“ sind die Barbier in eine Verbändbewegung eingetreten.

**Der deutsche Metallarbeiterverband** zählte am Ende des Jahres 88 013 Mitglieder gegen 75 431 im Jahre 1898. An Beitragsgeld sind im Jahre 1899 18 639,70 Mk. eingegangen, wofür über 62 100 Personen aufgenommen wurden, während die Mitgliederzahl nur um 9600 stieg. Ueber 1000 Mitglieder haben folgende Orte: Berlin 16 688, Nürnberg 5091, Hamburg 4495, Leipzig 3918, München 3786, Magdeburg 2652, Dresden 2501, Chemnitz 1710, Frankfurt a. M. 1687, Halle 1297, Mannheim 1141, Stuttgart 1113, Breslau 1020 und Hannover 1017.

Die Zahl der Ausstände ist immer noch in harter Zunahme begriffen. In Deutschland, Frankreich und England wurden nach der internationalen Streikstatistik der Berliner Halbmonatschrift „Der Arbeitsmarkt“ im Monat April 229 Ausstände gegen 178 im März gezählt.

**Im päpstlichen Heere** ist es, wie man der „Frankf. Zeitung“ aus Rom schreibt, zu einer Lohnbewegung gekommen. Die Schweizer, die monatlich nur 80 Lire erhalten und davon noch 20 Lire an die Mensage abgeben müssen, haben sich in gewöhnlichen Zeiten über strengen Dienst nicht zu beklagen, da sie jeden dritten Tag dienstfrei haben. Im heiligen Jahre ist aber die Zahl der Tage derartig geringe, daß die armen Schweizer den Dienst nicht mehr leisten können. Sie gingen darum zu ihrem Obersten Graf De Courten und dieser fand ihren Ausbruch auf Sold-erhöhung gerechtfertigt; er wandte sich daher an die Kardinalskammer und wurde mit Zustimmung des Kardinals, des Finanzministers des Vatikans, bewilligt, aber nur die Hälfte des Geforderten. Deshalb kam Oberst de Courten um seine Entlassung ein. Man erinnert sich, daß vor einigen Jahren auch ein Streik der päpstlichen Sichelträger stattfand.

**Ein tragisches Ende** nahm der Genosse Wunderrich, ehemaliger Bergmann in Oelsnitz Sachsen, indem er sich in Wildstein in Böhmen erschoss. Wunderrich, der in besten Familienverhältnissen lebte, fühlte schon längst den Drang in sich, sich vom Joch der Arbeit zu befreien; er übernahm vor ca. 4 Wochen den Galtner zu Oberreut in Bayern. Seine Frau war auch anfangs mit diesem Unternehmen einverstanden, wurde aber vielleicht trüber anderer Meinung. Sie ging drei Tage nach erfolgtem Einzug in Oberreut nach ihrem Geburtsort Wildstein i. S. und ertränkte sich mit

und mit der er bereits Bourgeois gegenüber seinen reichen Ausbruch im Barroom begründet hatte.

Er gönnte sich kaum noch Zeit, den Nachrich anzuhören, sondern schob die ausserordentlichen Früchte, die vor ihm standen, Viehchen zu und eilte in sein Arbeitszimmer.

Sorgfältig schloß er es hinter sich ab und ließ sich dann an seinem Schreibtisch nieder.

Als einem Geheimniß des Tages nahm er mehrere Spieltische neuer Arten, eine Hebelzerrre, ein Halsbein, eine Anzahl fein gearbeiteter, seltener Mädchen, ultramarineblaue und karminfarbene Tische, eine Anzahl seiner Kisten, Tisch- und Naphten und mehrere adelicheitige Holzstühle und arbeitete emsig an der Präparierung seiner Karten, bis oben, über ihm, in dem goldblühenden Salon, die reich geschweifte Kaffeeuhr auf dem Kammin neben helle Schläge schlug.

„Echon?“ Rudolf zog eine köstliche Remonovitz aus der Tasche.

Wahrhaftig, bei der Arbeit flieg die Zeit. — Um neun kamme meine Gäste; eine Stunde der Ruhe brachte mich nach dem heißen Tage, um einen klaren Kopf, ein scharfes Auge und eine ruhige Hand zu behalten.

Er nicht nochmals mit dem Kopfe und warf einen zufriedenen Blick auf die gehane Arbeit.

Ja, er konnte heut Abend getroßt aus dem Saal gehen und das Glück nach seinem Willen lenken.

Sorgfältig schloß er Karten und Handwerkszeug wieder ein und öffnete das große Fenster.

Dann schritt er die Treppe hinauf in sein äppig angelegtes Schlafzimmer, um eine Stunde zu schlafen und dann mit frischer Luft sorgfältig Toilette zu machen.

(Fortsetzung folgt.)

ihrem einzigen sechsjährigen Sohn. Wunderlich vermochte das nicht zu überwinden und ging selbst in den Tod. Wir verlieren in ihm einen treuen Genossen, der zu jeder Zeit für unsere gerechte Sache unermüdet eintrat. Ehre seinem Andenken!

**Vierzehnter Parteitag der norwegischen Arbeiterpartei.** Der vom 24.—27. Mai in Christiania abgehaltene diesjährige Parteitag der norwegischen Sozialdemokratie erfreute sich einer zahlreichen Beteiligung. Vertreten waren 51 Vereine und Organisationen durch 94 Delegierte. Dem gedruckten vorliegenden Jahresbericht des Vorstandes entnehmen wir folgende Daten: Neu beigetreten sind der Partei im letzten Jahre 10 Vereine, so daß der Partei jetzt 114 Vereine angehören, mit zusammen ca. 11 000 zahlenden Mitgliedern. Etwa 18 Vereine sind politische, während die übrigen gewerkschaftliche Organisationen sind. Am 1. April dieses Jahres trat die neugegründete Aktiendruckerei zur Herstellung des „Socialdemokraten“ in Tätigkeit. Dieselbe wurde mit einem Aktienkapital von 48 000 Kronen begründet, welches später auf 60 000 Kronen erhöht wurde. Das verlaufene Jahr stand unter dem Zeichen der Lohnreduktionen. Infolge dessen hatten wir ziemlich viel Kämpfe, um das früher Erreichte festzuhalten, was bis jetzt bei den organisierten Berufen auch gelungen ist. Protestbewegungen und Versammlungen wurden abgehalten gegen folgende Gesetzesvor schläge, welche dem Storting vorlagen: erstens das sogenannte Zuchthausgesetz (ähnlich dem deutschen), zweitens das sogenannte Landstreichergesetz und drittens gegen das Einwanderungsgesetz. Die vom letzten Parteitage beschlossene Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien bei der kommenden Stortingswahl wurde in Angriff genommen und einige man sich auf folgendes Wahlprogramm: 1. Eigenes norwegisches Ministerium des Aeußern. 2. Arbeit für Schiedsgerichte und Neutralität. 3. Eine das ganze Volk umfassende Alters- und Invaliditätsversicherung. 4. Erleichterungen von Staatswegen zur Erwerbung von Grund und Boden für Arbeiter. 5. Einführung des Achtstundentags für alle staatlischen Arbeiter und in gesundheitsgefährlichen Betrieben. Bei der Wahl ist in diesem Jahre trotz des sehr schlechten Wetters ein erfreulicher Fortgang zu konstatieren, indem überall eine regere Beteiligung vorhanden war. Auch die Demonstrationen am 17. Mai (Tag, an welchem die norwegische Verfassung von der Eidsvollversammlung 1814 beschlossen wurde) für allgemeines gleiches und geheimes Stimmrecht hatten sehr große Beteiligung. Auch die Frauen demonstrieren am 17. Mai in einem imposanten Zuge für das Stimmrecht der Frauen. Größere Agitationen hat Genosse Berner unternommen, der fast das ganze Land durchkreuzte und etwa 40 Vorträge hielt. Im großen und ganzen ist im letzten Jahre eine bedeutend lebhaftere Agitation entwickelt und wird diese auch ihre Früchte tragen.

Die Berichte des Vorstandes wurden nach längerer Debatte genehmigt. Ueber unsere Forderung der Alters- und Invaliditätsversicherung sprach Genosse Hazeland in zweifelhafte Rede, und wurde nach einer lebhaften Diskussion eine entsprechende Resolution angenommen.

Eine größere Diskussion rief dann nach das Referat über die Frauenfrage hervor. Die Wahlen hatten folgendes Resultat:

Chredaktor: A. Buen. Vorstand: Chr. S. Knudsen, Advokat, A. Hazeland, Advokat L. Mener, M. Nielsen, Clav Ström, Eskar Pedersen, Fru Varian, C. Zeppenfeld.

Der gute Verlauf des Parteitag's bürgt dafür, daß die Sozialdemokratische Bewegung bei den bevorstehenden Stortingswahlen die Nervennerven bestehen wird. Zu es doch die erste Stortingswahl nach dem neuen Wahlgesetz, welches zwar nicht das geheime, aber doch das allgemeine Wahlrecht gebracht hat.

## Aus Nach und Fern.

**Kleine Chronik.** Wegen der Ausschreitungen, die vor vierzehn Tagen aus Anlaß des Straßenbahner-Streiks in Berlin begangen worden sind, hat die Staatsanwaltschaft von den etwa 250 Verhafteten im Ganzen 19 Personen unter Anklage gestellt. Unter diesen 19 Angeklagten, die sich gemeinschaftlich verantworten sollen, befindet sich ein dreizehnjähriger Schulfreund, ein Handlungslehrling, sowie ein Straßenbahn-Wagenführer, Namens Richard Ubell, als einziger, gegen den wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung Anklage erhoben worden ist. Im Uebrigen lautet die Anklage außer auf Landfriedensbruch auf Verleumdung und Widerstand gegen die Staatsgewalt. — Zahlreiche Erkrankungen unbedeutlicher Art sind bei dem Jägerbataillon des Kaiser Alexander-Regiments in Berlin vorgekommen. Von Freitag Morgen bis Freitag Abend um 8 Uhr trat bei 71 Mann leichtes Erbrechen, Durchfall und Kopfschmerz auf. Vier Mann, bei denen die Erscheinungen etwas schwerer waren, wurden in das Garnisonlazareth zwei zu Tempelhof gebracht, die übrigen blieben in der Kaserne in Revierbehandlung. Seit Freitag Abend 8 Uhr ist eine neue Erkrankung nicht eingetreten, auch keine Verschlimmerung in dem Befinden der erkrankten Leute. Die Ursache ist noch nicht festgestellt. Man vermutet sie in dem Genuß von verdorbenem Trinkwasser und hat daher die Brunnen sofort geschlossen, um ihr Wasser genau zu untersuchen. — Vom einem elektrischen Strom getroffen ist am Freitag Nachmittag im Fernsprechkam Schönbarg bei Berlin, anscheinend infolge eines niedergegangenen Blizes, einer der dort thätigen Beamten. Das Befinden desselben, das anfangs bedenklich war, hat sich später gebessert. Köstlich ist es, woher der elektrische Strom, der den Beamten getroffen, eigentlich gekommen ist, da in Berlin und auch in Schöneberg wie seiner Umgebung Niemand einen Blitz gesehen und ein Donner gehört hat. — Eine furchtbare, tief erschütternde Familienkatastrophe spielte sich zu Dieban bei Steinau a. d. N. ab. Dem Hofbesitzer Jechner starb ein Söhnchen am Scharlach. Während die Eltern noch über den Verlust des Knaben trauerten, erkrankten ihnen zwei erwachsene Töchter ebenfalls an dieser heimtückischen Krankheit und wurden in rascher Folge dahingerafft. Die Mutter der Kinder verfiel durch den Tod ihrer Lieblinge in ein so jäheres Gemüthsleiden, daß auch sie bald darauf erkrankte und starb. Während der so juchstbar heimgegangene Gatte nach der Stadt fuhr, um den Sarg für seine Gattin zu holen, starb dahinein eine dritte Tochter am Scharlach. Als er nun, seelisch fast ganz gebrochen, heimkehrte, da erfolgte

am Todtenbette seines vierten Kindes und der Gattin völlig seine Lebenskraft. Er brach im Sterbezimmer zusammen und mußte schwerkrank in das Steinauer Bräuerkloster geschafft werden, wo sein Zustand als hoffnungslos erkannt wurde. An der Stätte dieser traurigen Familienkatastrophe blieb nur ein unmiündiger Knabe übrig, der den Särgen seiner Mutter und seiner Geschwister folgte. — Bei Hannover sind zwei Kinder an dem Genuß von Goldregens gestorben. Im benachbarten Dorfe Döhren ereignete sich in voriger Woche der Fall, daß ein Kind, die fünfjährige Tochter des Arbeiters Bergmann infolge Genußes des giftigen Goldregens starb. Im Mai ist dies der zweite Fall, denn auch der fünfjährige Sohn des Sattlers Möbis erkrankte unter gleichen Erbrechensercheinungen wie die Bergmann, und verstarb. In beiden Fällen ist als die Ursache des Todes das leicht tödliche Gift des Goldregens festgestellt. Man sieht also wieder, daß die Eltern ihre Kinder gar nicht genug vor dieser Pflanze warnen können. — Der Steiger Doh in Herue ist im Kanal ermordet, vermutlich erwürgt, aufgefunden worden. Wahrscheinlich liegt ein Mordakt vor. Es ist dies in Herue der dritte Bergarbeitermord seit kurzer Zeit. — Einen auffallend gefindnen Ausgang hat vor der Militärjustiz ein Fall genommen, den wir vor einiger Zeit mittheilten. Ein Unteroffizier des 9. Infanterie-Regiments hatte, wie erzählt wird, mit der Tochter eines Feldwebels auf einem Fächingball einen Streit; der Feldwebel stellte den Unteroffizier zur Rede und hieb auf der Straße mit dem Säbel auf ihn ein, so daß der Unteroffizier in das Lazareth gebracht werden mußte. Das Militärgericht in Würzburg hat die Sache untersucht und für so unwesentlich gehalten, daß es sie dem Regiments-Kommandeur zur Erledigung überwies. Dieser diktierte dem Unteroffizier zwanzig Tage strengen Arrest und entzog ihm die Kapitulatation; der Feldwebel dagegen erhielt, wenn die „Volkstribüne“ zutreffend unterrichtet ist, nur zehn Tage Mittelarrest, ohne weitere Folgen. — Nach dem „Kemptner Anzeigerblatt“ wurde der katholische Pfarrer Lohmüller von Schwabjoren wegen fortgesetzter Sittlichkeitsverbrechen zu fünfzehn Monaten Gefängnis verurtheilt. — Der Blitzschlag in die Pfarrkirche zu G. l. g. in Nieder-Oesterreich während des Gottesdienstes ein, wodurch der Hochaltar in Brand gesetzt wurde. Bei der hierdurch entstandenen Panik wurden mehrere Personen verletzt. — In Folge Einsturzes der griechisch-katholischen Kirche in Tergovest (Süd-Ungarn) wurden 30 Arbeiter verschüttet. Bisher wurden, der „Frf. Bzg.“ zufolge, fünf Leichen und zahlreiche Schwerverletzte aufgefunden. — Auf der Grube Messing bei Binche in Belgien wurden fünf Bergleute verschüttet und nach dreistündigen Rettungsarbeiten als Leichen wieder aufgefunden. — Ein schweres Straßenbahnunglück hat sich am Donnerstag in Lyon ereignet. Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Wagen der elektrischen Straßenbahn und einer Rangiermaschine wurden ein Post- und ein Straßenbahnbeamter getödtet, der Heizer und etwa 12 Personen verletzt. — Die Arsenstadt Moskau ist seit einigen Tagen ohne Trinkwasser. Beide Hauptrohre, welche das Wasser von der Hochquelle Witschizena nach Moskau leiten, sind geborsten. Ein Faß Wasser kostet jetzt in Moskau 25, eine Portion Thee 1 Rubel. 200 Arbeiter unter der Leitung sämtlicher städtischer Ingenieure und Techniker arbeiten an der Wiederherstellung der Wasserleitung. — Bis zum Mittwoch wurden in Port Said 48 Pestfälle konstatiert, von denen 22 tödtlich verliefen. 10 Personen waren als geheilt entlassen, und 16 lagen noch krank im Hospital.

**Die Konitzer Affäre.** Die Untersuchung in der Mordaffäre scheint mehr und mehr im Sande verlaufen zu wollen, wenigstens ist es der Polizei immer noch nicht möglich gewesen, einer der vielen zu verfolgenden Spuren zum Erfolg zu verhelfen. Der Schlachtermeister Hoffmann ist scheinbar ganz außer Verfolgung gesetzt worden. Gelegentlich der Unruhen am Freitag Abend ist übrigens der durch die antisemitische Bewegung bekannte Reichstags-Abgeordnete Paul Werner in der Danzigerstraße durch einen Wurf mit einem großen Stück Manerstein nicht unerheblich am Auge verletzt worden. Wer der Thäter gewesen, ist nicht ermittelt worden. Weiter wird berichtet, daß der Bürgermeister von Konitz, Deditius, beurlaubt worden ist. Gegen den Sohn eines jüdischen Kaufmanns ist ein Strafverfahren wegen Grabschändung eingeleitet worden. Er war dabei abgefaßt worden, als er in roher Weise die zahlreichen Kränze und Blumen-Arrangements auf dem Grabe Ernst Winters zerstören wollte. Inzwischen soll er verhaftet worden sein. Zwei Arbeiter sind ebenfalls in Haft genommen, weil sie sich grobe Ausschreitungen zu Schulden kommen ließen. — Bei dem Fleischermeister Levy sollte ein mit 20 000 Mk. deklarirter Geldbrief eingegangen sein. Dazu wird jetzt bekannt: Da Levy einen derartigen Beitrag nicht zu erwarten hatte, der Geldbrief überdies mit 4 Mark Porto belastet war, ließ er vorsichtiger Weise den Geldbrief in Gegenwart mehrerer Beamten öffnen, der Inhalt waren — Papierstücke.

**Eine neue Riesenbrücke.** Die dänische Regierung beabsichtigt, den Kleinen Belt zwischen Jütland und Fünen zu überbrücken, um eine feste Verbindung zur Vermittelung des Eisenbahn-Frachtverkehrs zu schaffen, der jetzt durch Ueberführung der Güterwagen mit Fähren bewerkstelligt wird. Zu diesem Zweck sind zwei Pläne ausgearbeitet worden, die dem Reichstage zur Genehmigung vorliegen. Der erstere befaßt sich mit der Herstellung einer Hängebrücke, der andere mit einer Auslegerbrücke; die Stelle, an der die Ueberbrückung geplant ist, hat eine Breite von 720 Metern. Die Kosten der Ausführung sind bei einer Hängebrücke auf 17 Millionen, bei einer Auslegerbrücke auf 17½ Millionen veranschlagt.

## Gerichtliche Zwangsversteigerungen:

im Gerichtshause, Zimmer 20,  
Dienstag 12 Uhr.

Grundstück	Eigentümer	Einsch. Mk.	Termin
Hövelstr. 18	Schwarz	4 508	12. Juni
Kapuzstr. 3	Wagner	2 000	12. "
Mengstr. 37	Senf	—	12. "
Ullrichstr. 6 a	Leonhard	10 100*	12. "
Schwartauer Allee 90	Lehmann	3 500	19. "
Dornstraße 8	Rohrer	3 600*	26. "
Hagenburger Allee 25 d	Schwarz	6 500	26. "
Schönbrunnstr. 3 c	Wohlfing	5 800	26. "
Brodstraße 22	Röhm	3 500	3. Juli

\* und Grundhauer.